

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Staatsbürgerliche Erziehung.

Vor einigen Jahren ist in der Tschechoslowakei etwas Unerhörtes geschehen. Man hat ein Gesetz gemacht, das einem einzigen Menschen Nutzen bringen sollte. Das die Rechtsprechung zugunsten einzelner gehandhabt wird, daß die Gesetzgebung parteiisch ist, weil sie eine Gesetzgebung der herrschenden Klasse sein muß, das sind gewohnte Dinge, über die man sich zwar immer von neuem empören wird, die aber gerade dem Sozialisten im bürgerlichen Staate nichts Absonderliches scheinen. Neu, im wahrsten Sinne des Wortes unerhört aber ist die Tatsache, daß zwei gesetzgebende Körperschaften, das Ausschüsse und Kammer, das an 500 Menschen, denen Wohl und Wehe der Allgemeinheit anvertraut ist, damit beschäftigt werden, ein Gesetz, also eine allverbindliche Rechtsnorm zu schaffen, damit eine Erbschaftssteuer zugunsten eines bestimmten Menschen erledigt werde, für den nicht einmal der natürliche Rechtsinn des Volkes, sondern lediglich die nationale Voreingenommenheit weiter Kreise des herrschenden Volkes sprechen. Der Tatbestand ist bekannt und braucht nur ganz kurz skizziert werden.

Der Prinz Philipp von Coburg hinterließ ein märchenhaft großes Vermögen, das zum großen Teil aus Gütern besteht, die auf tschechoslowakischem Boden liegen. Der Wert dieses Vermögens wird von manchen Leuten mit drei vierzig Millionen Kronen beziffert. Ein ungeheurer Grundbesitz, Wälder, Acker, Weiden, Höfe und Betriebsmittel wurde von dem Coburger seinen Erben hinterlassen. Zwei coburgische Prinzen kamen als Erben in Betracht, der in Deutschland lebende Prinz Jostias von Coburg und der Bruder des bulgarischen Zaren, der Prinz Christ von Coburg. Nach den Gesetzen, die die Erbfolge in den Fürstentümern regeln, hätte die tschechoslowakische Gütermasse der Coburger dem Jostias zu fallen sollen. Nach den Geständnissen der tschechischen bürgerlichen Presse, vor allem der „Narodni listy“, begannen den leitenden Staatsmännern nationale Bedenken gegen Jostias von Coburg aufzusteigen. Wir wollen einmal annehmen, es seien nur nationale Motive gewesen, die dem Prinzen Christ die Freundschaft der tschechischen Staatsmänner verschafften. Was taten die aber, um ihre nationalen Interessen wahrzunehmen? Sie beschloßen nicht etwa, dem tschechischen Volke die Güter der Coburger durch ein Konfiskationsgesetz zu verschaffen, sie traten aber auch nicht offen für einen Erben ein. Sie sabotierten ein Gesetz, das eigens dazu hergerichtet wurde, den Jostias auszuschalten und den Christ in den Besitz der Güter zu setzen.

All das wäre nun vielleicht auf immerwährende Zeiten ein Geheimnis geblieben, den Untertanen hätte man nicht verraten, wozu die „Lex Christ“ gemacht wurde, wenn nicht der bulgarische Prinz selbst auf den Fall aufmerksam gemacht hätte, indem er gegen seinen Anwalt ein Strafverfahren anstregte. Es soll hier nicht untersucht werden, ob der Dr. Eisler den Christ hineingelegt hat oder ob der Christ den Eisler ausbeuten wollte. Für die Lex Christ und ihre große politische Bedeutung bleibt das auch ganz gleichgültig. Viel wichtiger, im Interesse des Staates und der Bevölkerung allein wichtig, ist die Art, wie man in dem Fall der Lex Christ ein Gesetz gemacht hat, wie man den gesamten Staatsapparat in den Dienst einer bestimmten Person stellte. Nur in einem halbabsolutistischen Staate könnte diese Art Gesetzgebung selbstverständlich erscheinen. Wenn Franz Ferdinand die Staatsgewalt für seine Jagdinteressen mißbrauchte, wenn Franz Josef die Verstaatlichung der Ferdinands-Nordbahn verhinderte, weil er selbst Aktien dieser Bahn besaß, so war man mit der Erklärung bei der Hand, die Monarchie sei eben eine Staatsform, in der das Staatsoberhaupt den Staat als Privatvermögen behandelte. Die demokratische Republik zeigt aber ganz ähn-

Der Verrat der Deutschbürgerlichen. Landbändler, Christlich-Soziale und Gewerbetreibende für den Militarismus, gegen die Kriegsinvaliden, für die rantophile Außenpolitik, gegen die parlamentarische Unternehmung der Coburg-Affäre.

Prag, 9. Dezember. Das bürgerliche Parteien ihre früheren Forderungen verleugnen, ist in der Geschichte deutschbürgerlicher Parlamentaristik nichts neues und ungewohntes. Das aber Parteien ihre Grundsätze so fluchtartig verlassen wie die deutschen Aktivistin, so begeistert für die Einrichtungen sich einsetzen, die sie früher mit Feuer und Schwert anstrotzen wollten, ist etwas, was mit der Verachtung jedes Menschen bestraft werden muß, der glaubt, daß in der Politik Parteien das halten müssen, wofür sie sich ihren Wählern gegenüber verpflichtet haben. Was haben die Herren Aktivistin doch über die militärischen Leistungen gezeigert, was haben sie alles über die frauosenfreundliche Politik des Außenministers gejammert. Der Herr Dr. Reisinger ist in der ganzen Welt herumgefahren, um der Propaganda des Außenministeriums entgegenzutreten. Heute haben sie jedoch das Sekret des Vertreters des Außenministeriums ohne das geringste Bedenken zur Kenntnis genommen und die Anträge der deutschen Sozialdemokraten rückwärtslos niedergeworfen. Im Budgetausschuß haben sie für den alljährlichen Rüstungsfond von 315 Millionen und die Stabilisierung des Militärbudgets mit einem Betrage von 1400 Millionen Kä gestimmt. Damit werden die Militärausgaben für nicht weniger als 11 Jahre mit über 1700 Millionen Kä festgesetzt. So genügt den Deutschbürgerlichen gar nicht, dem Militarismus diese Millionen für ein Jahr zu opfern, sondern sie sorgen gleich dafür, den Hunger der militärischen Kreise für mehr als ein Jahrzehnt zu stillen. Ebenso beteiligen sich die Herren Aktivistin an der Vertuschung der Coburgaffäre. Im Justizwahnschuß stimmten sie gegen den Antrag der tschechischen Sozialdemokraten auf Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung in dem Rattenkönig von Affären, welche die Coburggüter betreffen.

Im Menum des Hauses selbst kam die Coburggeschichte in der Form zur Sprache, daß das Haus sich mit dem Antrag des Immunitätsausschusses betraute. Man komme nicht damit, daß hier der Wille der Mehrheit wie bei anderen Gesetzen entscheidend gewesen wäre. Die Mehrheit der Parlamentarier wußte ja gar nicht, daß dieses Gesetz zugunsten eines einzigen Erben sngemacht wurde. Man hat die Volksvertreter regelrecht hinter die Fächer geführt, man hat sie ein Gesetz beschließen lassen, dessen wahren Zweck sie nicht erfuhrten. Nun, da die Affäre ausflor, hätten Politiker und öffentliche Meinung, hätten die verantwortlichen Staatslenker doch die verübte Vllcht und Schuldigkeit gehabt, die Ehre der Republik, die Ehre ihrer Gesetzgeber zu schützen. Nicht im Interesse der Opposition oder der „Staatsfeinde“, sondern gerade im Interesse des Staates hätte dieser Fall restlose Klärung finden müssen. Selbst wenn die Väter der Lex Christ sie nur aus nationalen Motiven gezeugt hätten, müßten sie das Bedürfnis haben, sich nachdrücklich zu rechtfertigen, wenn sie es schon seinerzeit nicht taten.

Nun geschieht aber viel mehr. Man beschuldigt die Urheber des Gesetzes, nicht aus idealen Gründen, sondern gegen har hätte sie dem Prinzen Christ durch Vermittlung seines tüchtigen Anwalts die Gefälligkeit erwiesen. Die Beschuldigung wiegt schwerer als die erste. Sie ist ehrenrührig, sie besagt nichts weniger als den unelklischen Vorwurf, daß die Gesetzgebung der Tschechoslowakei korrupt sei, daß sich jeder mit dem nötigen Kleingeld nach Maß ein Gesetz machen lassen könne! Ein Schrei der Entrüstung müßte durch die Reihen der verantwortlichen Politiker gehen, der Ehre, ihre und ihres Staates Ehre zu schützen, müßte stärker sein als alle anderen Rücksichten. Was geschieht aber auch jetzt? Man läßt nichts untersuchen, man sucht zu verunsichern, man schiebt die Schuld von einem Sektionschef auf den andern, von einem Ministerium auf das andere. Die großen Männer der Politik stehen im Kreise

schusses betreffend die Erteilung der Rüge an den Abg. Kreibitz befaßte. Minister Hodza erinnerte an die Rüge, die um den heißen Brei herumläuft. Er hütete sich, auf den Kern der Sache einzugehen. Trotzdem sich der Minister mit großem Pathos wider alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen wandte, fiel es den Rechtspartei nicht im geringsten ein, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der allein eine unparteiische Untersuchung der Angelegenheit gewährleisten könnte.

Schließlich befaßte sich auch das Haus mit dem Begehren des Finanzministers, den Genossen Pohl und Sadenberg eine Rüge zu erteilen, weil diese den Bestimmungswandel des ehemaligen Sozialpolitikers, der sich mit großer Ebnlichkeit zum wissenschaftlichen Wortführer der Reaktion gemauert hat, entsprechend charakterisiert hätten. Genosse Pohl zeigte in wirkungsvoller Rede die geistige Entwicklung des Finanzministers auf, der seinerzeit die Sozialisierung der Kohlengruben gefordert hat, jetzt aber der Anwalt der vereinigt deutschen ländlichen und städtischen Bourgeoisie geworden ist, und Genosse Sadenberg wies treffend nach, daß das Bürgerturn der Nationalökonomie Englis brauche, damit er die wissenschaftlichen Argumente für die bestehende reaktionäre Regierung liefern. Der Herr Finanzminister fand es gar nicht der Mühe wert zu antworten und die Argumentation unserer beiden Genossen zu entkräften. Am allerwichtigsten ist die von einer willigen Regierungsmehrheit angebrochene Rüge imjande, das Bild, das die gesamte arbeitende Bevölkerung vom gegenwärtigen Finanzminister hat, auch nur im geringsten zu korrigieren.

Die Deutschbürgerlichen haben sich in wenigen Monaten von den einseitigsten Befämpfern des tschechoslowakischen Militarismus zu glühenden Verehrern des Militarismus und der Außenpolitik, die sie acht Jahre lang bekämpft haben, entwickelt. So rasch ihr Sinnungswchsel sich vollzogen hat, so vernichtend wird dereinst das Urteil der breiten Massen des deutschen Volkes über sie sein.

Die Tschechoslowakei ist allen sichtbar in dieser Vorlage, die wir eben verhandeln, wo in dem von der Regierung vorgelegten Steuerentwurf das Streben vorwaltet, bei gleichzeitiger Entlastung der besitzenden Klassen die beschloßen Klassen und Minderdenkmäler noch weiter zu belasten. Solange kein Abbau der indirekten Steuern erfolgt, die das Dreifache der direkten ausmachen, und von den wirtschaftlich Schwächsten viel härter empfunden werden als von den Reichen, kann von einer wirklichen Steuerreform nicht die Rede sein. Und solange der Staat pro Kopf und Jahr über 700 K Steuern einnimmt, während die autonomen Losen in den historischen Ländern nur 177 K betragen, hat die Regierung nicht das geringste moralische Recht, anderen das Sparen anzummpfehlen. Sie mag nur bei sich selbst mit dem Sparen anfangen, etwa beim Militarismus, bei der Kongrua, bei der Propaganda im In- und Auslande und bei hundert anderen Anlässen.

Auf jeden Fall steht unumstößlich fest, daß die breiten Massen, welche die indirekten Steuern von vornherein im Preise der Waren bezahlen müssen und denen vom Lohn die Steuern abgezogen werden, bisher die Wurzeln gewesen sind. Den Kapitalisten dagegen wird auch in Zukunft die Steuer gestundet werden. Die Agrarier betreiben das Geschäft des Steuerabschreibens nicht minder eifrig. Ebensonenig wie wir den Agrariern Liebesgaben in Form von Zinsen bewilligen, ebensonenig können wir offenbunden Liebesgaben für die Industriellen zu. Wir können deshalb diese Vorlage ab-

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses begann um halb 2 Uhr nachmittags. Der Vorsitzende teilte zunächst mit, daß Abg. Laude (tschech. Nat. Soz.) in einer Zuschrift an das Präsidium die Niederlegung seines Mandates angezigt habe.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Verhandlung des Gesetzes, wodurch neuerlichete Unternehmungen, die volkswirtschaftlich von Bedeutung sind, Steuererleichterungen gewährt werden. Der Referent Abg. Barel erklärt, daß sich das Gesetz nur auf jene Industrien erstrecken soll, deren Gründung eine Notwendigkeit ist. So dann spricht

Abgeordneter Genosse Schweichhart,

der u. a. ausführte:
Die Steuererleichterungen für neu eingeführte Produktionszweige — darum handelt es sich in dieser Vorlage — werden deshalb separat beschleunigt von der Mehrheit beschloßen, um einem bestimmten Unternehmen, der

Mährisch-Ostauer Stickstoffabrik große Vorteile

schon früher zuschützen zu können. Die Vorlage hat also ausgesprochen protektionistischen Charakter. Ueberhaupt ist es ein Gesetz das der Protektionwirtschaft weitesten Spielraum gewährt. Denn im § 1 des Gesetzes wird die Gewährung von Steuererleichterungen ausschließlich dem Ermessen und Wohlwollen der Bürokratie überlassen. Man komme uns nicht mit der Behauptung, es handle sich im vorliegenden Falle um eine volkswirtschaftlich sehr bedenkliche Angelegenheit. In Wirklichkeit dreht es sich ganz klar um eine rein kapitalistische Gründung, an der neben dem Unternehmen selbst in erster Reihe der Moloß Militarismus interessiert ist. Mit Rücksicht auf den höchst einseitigen Charakter der Vorlage haben wir den Antrag auf Jurisprudenz an den Budgetausschuß gestellt, wo er im Verein mit der großen Steuervorlage verhandelt werden soll. Vom prinzipiellen Standpunkt, möchte ich den Herrn Finanzminister Dr. Englis gegenüber bemerken, daß ein bekannter Steuerfachmann mit vollem Recht erklärt hat, die Steuerbefreiung sei die roheste und primitivste Form der staatlichen Produktionsförderung. Dieses Mittel möge wohl für halbkalibrierte Agrarstaaten anwendbar sein, rasse jedoch absolut nicht auf ein industriell so hoch entwickeltes Land wie die Tschechoslowakei. Es handelt sich bei diesem Gesetz um die Fortsetzung jener, für die gesamte Volkswirtschaft des Staates verhängnisvolle Politik, auf Kosten der Allgemeinheit bestimmten kapitalistischen Gruppen große finanzielle Vorteile zu sichern.

Wir sind selbstverständlich gerne bereit, günstige Vorbedingungen für die Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft schaffen zu helfen, es darf aber nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes geben.

Das Bündnis der Industriellen und Agrarier

in der Steuerfrage ist allen sichtbar in dieser Vorlage, die wir eben verhandeln, wo in dem von der Regierung vorgelegten Steuerentwurf das Streben vorwaltet, bei gleichzeitiger Entlastung der besitzenden Klassen die beschloßen Klassen und Minderdenkmäler noch weiter zu belasten. Solange kein Abbau der indirekten Steuern erfolgt, die das Dreifache der direkten ausmachen, und von den wirtschaftlich Schwächsten viel härter empfunden werden als von den Reichen, kann von einer wirklichen Steuerreform nicht die Rede sein. Und solange der Staat pro Kopf und Jahr über 700 K Steuern einnimmt, während die autonomen Losen in den historischen Ländern nur 177 K betragen, hat die Regierung nicht das geringste moralische Recht, anderen das Sparen anzummpfehlen. Sie mag nur bei sich selbst mit dem Sparen anfangen, etwa beim Militarismus, bei der Kongrua, bei der Propaganda im In- und Auslande und bei hundert anderen Anlässen.

Auf jeden Fall steht unumstößlich fest, daß die breiten Massen, welche die indirekten Steuern von vornherein im Preise der Waren bezahlen müssen und denen vom Lohn die Steuern abgezogen werden, bisher die Wurzeln gewesen sind. Den Kapitalisten dagegen wird auch in Zukunft die Steuer gestundet werden. Die Agrarier betreiben das Geschäft des Steuerabschreibens nicht minder eifrig. Ebensonenig wie wir den Agrariern Liebesgaben in Form von Zinsen bewilligen, ebensonenig können wir offenbunden Liebesgaben für die Industriellen zu. Wir können deshalb diese Vorlage ab-

Redner auch die Coburg-Affäre in seine Betrachtungen einbezieht, wird er vom Vorsitzenden Mahpetz mehrermals unterbrochen. Schließlich ruft ihn dieser zur Ordnung, weil Kondella behauptet hatte, die Abgeordneten seien im Budgetausschuß durch Anführung unrichtiger Ziffern leitens der Minister irreführt worden.

Die Vorlage wird dann nach Ablehnung eines Antrages des Gen. Raub auf Rückverweisung der Vorlage an den Budgetausschuß angenommen.

Darauf werden in zweiter Lesung genehmigt: der Handelsvertrag mit der Türkei, die Vorlage über die Volkszählung, das Gesetz womit die Erzeugung von Zementwaren als ein gewerblicher Beruf erklärt wird und der Entwurf über die Aenderung des Bezugsgebietes für die Slovakei und Karpathoruthland.

Nun schreitet das Haus zur Behandlung des Verlangens des Ministers Dr. Hodža und des Abg. Hlinka, es möge dem Abg. Kreibich eine Rüge erteilt werden und zwar deswegen, weil Abg. Kreibich in einer Sitzung des Hauses behauptet habe, Dr. Hodža hätte den verhafteten Advokaten des Cirkil Coburg, Dr. Eisler, veranlassen wollen, der Gläubigarspekt zwei Millionen Ks auszusagen, um diese für keine Aktion zu gewinnen, ferner daß Hodža dem Eisler im Interesse seines Mandatens entgegengewonnen wäre und daß er sich der Frau von Einem als Vermittlerin bedient habe. Nach dem Berichterstatter, der dem Hause empfiehlt, dem Abg. Kreibich die Rüge zu erteilen, spricht Minister Dr. Hodža, häufig durch Zwischenrufe der Kommunisten unterbrochen. In die Gesetzesberatung der sog. lex Cirkil, so führte der Minister aus, habe er nicht eingegriffen. Als seinerzeitiger Landwirtschaftsminister habe er amtlich mit den Anwälten der Coburgs zu tun gehabt. Er habe deren Wünsche nach Ausschaltung der Coburgischen Wälder aus der Bodentreform nicht Rechnung getragen. Eine Vermittlung zwischen dem Redner und der Volkspartei durch Dr. Eisler habe nicht stattgefunden.

Frau von Einem

habe der Minister empfangen. Sie

war stets bewacht und wurde von zwei Deckungsmitgliedern ständig beobachtet.

Irrendwelsche Beziehungen zur Diplomatie habe ihm diese Frau nicht vermittelt. Er habe übrigens keinen der beiden Coburgs irgendetwas bevorzugt. Zum Schluß erklärte der Minister, er lasse sich nicht schrecken.

Abg. Hlinka, der sodann die Rednertribüne bestieg, verliest eine Erklärung der Abgeordneten der slowakischen Volkspartei in der Kreibichs Behauptung von den zwei Millionen, welche die Volkspartei bekommen haben soll, als Unwahrheit erklärt wird.

Abg. Kreibich sagt, daß § 51 der Geschäftsordnung sich sinngemäß nur auf Beleidigungen, Beschimpfungen und Injurieren beziehen kann und daß es daher unsinnig sei, zu versuchen, auf diesem Wege Angriffe und Beschuldigungen politischer Natur auszutragen. In der hochpolitischen Korruptionsaffäre, in die nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Parteien und die Regierung selbst verwickelt sind und deren Schattens auch auf dieses Haus fallen können gerichtliche Ehrenbeleidigungen und Betrugsprozesse eine endgültige Erledigung dieser Angelegenheit bringen. Die heutige Erklärung des Ministers Dr. Hodža ist ein klassisches Beispiel von der Rede eines Angelegten, um zu verhüllen, daß er recht wenig zu sagen hat. Dr. Hodža hat auch nicht den Versuch gemacht, uns zu erzählen, was sich ereignet hat an Interventionen in der Zeit zwischen der Annahme der lex Cirkil und dem Zeitpunkt, wo sich herausgestellt hat, daß die lex Cirkil eine verfehlte Sache gewesen ist. Ueber diesen Zeitpunkt fehlt uns jedwede Angabe in der Erklärung des Dr. Hodža. Minister Dr. Hodža hat sich darauf beschränkt, daß er es nicht notwendig gehabt hätte, einen Vermittler zwischen sich und der slowakischen Volkspartei zu verwenden. Es gibt aber Dinge, über die man selbst mit seinen besten Bekannten nicht gern persönlich verhandeln möchte. Minister Dr. Hodža hat auch bemerkt, daß er selbst veranlaßt habe, daß die Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben werde. Das ist nichts anderes, als eine

Verhöhnung des Verlangens nach Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Wer die richterliche Unabhängigkeit richtig zu würdigen weiß, der wird wissen, daß der Staatsanwalt vollständig abhängig ist von der Regierung, daß er nicht das Organ ist, das im Stande wäre, diese Affäre zu untersuchen. Es handelt sich um eine rein politische Angelegenheit, welche auch durch eine Rüge nicht aus der Welt geschafft wird.

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters wird zunächst über den Antrag des tschechischen Sozialdemokraten Kondella abgestimmt, der eine Untersuchung der ganzen Angelegenheit verlangt. Dieser Antrag wird mit 131 zu 100 Stimmen abgelehnt und hierauf der Antrag auf Erteilung einer Rüge an den Abg. Kreibich angenommen. Die deutschen Aktivisten stimmten ebenso gegen die Untersuchung wie für die Rüge.

Hierauf wird der Antrag des Immunitätsausschusses auf Erteilung einer Rüge an die Gen. Kohl und Kadenberg in Verhandlung gezogen und zwar deswegen, weil Kohl in der Budgetdebatte den Finanzminister Dr. Engliš einen „gekauften Wissenschaftler“ genannt hat, worauf Gen. Kadenberg den Zwischenruf gemacht hat, er sei derselben Ansicht und daß sich Engliš von der Regierung mißbrauchen lasse. Der Finanzminister hat darauf verzichtet, zu dieser Angelegenheit zu sprechen.

Abg. Genosse Wohl

führt aus: Es wird verlangt, daß Sie mir und meinem Klubkollegen Kadenberg eine Rüge erteilen sollen, in einer Form, daß dabei

die Geschäftsordnung verletzt

wurde. Namens unseres Klubs lege ich gegen die Verletzung der Geschäftsordnung die sich der Immunitätsausschuß zuschreiben kommen ließ, Protest ein und wir werden aus diesem Grunde die Rückverweisung der Angelegenheit an den Ausschluß beantragen. Ich konstatiere, daß, als der Immunitätsausschuß über das Verlangen des Herrn Finanzministers entschieden hat, die 48stündige Frist abgelaufen war, daß sie den von unseren Vertretern in diesem Ausschluß vorgebrachten Bedenken nicht Rechnung getragen hat und daher die Absicht besteht, die Rüge zu erteilen, auch wenn dabei die Geschäftsordnung verletzt und zerbrosen werden muß. Ich wundere mich, daß aus dem Zwischenruf, den ich hier gemacht habe, der rein politische Natur war, der § 51 der Geschäftsordnung in Anwendung gebracht wird. Ich werde den Zwischenruf nicht zurücknehmen. Doch muß ich feststellen, daß ich mit dem Worte „gekauft“ nicht zum Ausdruck bringen wollte und konnte, der Finanzminister Engliš sei als Wissenschaftler direkt gekauft, was gleichbedeutend wäre mit persönlicher Bezeichnung oder Bereicherung. Eine solche Absicht habe ich nicht beabsichtigt. Ich wollte mit meinem Zwischenruf meiner scharfen Kritik Ausdruck geben, über die

Entwicklung, die der ehemalige fortschrittliche und sozialistische Finanzwissenschaftler und Nationalökonom Professor Dr. Engliš in den letzten Jahren genommen hat.

Ich kann mich erinnern, im Jahre 1921, als so viel von Sozialisierung die Rede war und als Universitätsprofessoren über Sozialisierung gehört wurden, war Herr Professor Engliš unter den deutschen und tschechischen Wissenschaftlern in der Tschechoslowakischen Republik der einzige, der sich für eine gewisse Sozialisierung der Gruben im Steinkohlenbau ausgesprochen hat und in seiner von ihm gezeichneten Artikelreihe am 4. und 11. September im Jahre 1921 gibt er das unumwunden zu und erklärt z. B., daß das unbeschränkte Privatunternehmertum beseitigt werden müsse. Er erklärte damals weiter in dieser Artikelreihe die Reinigungsarbeiten der Grubenbesitzer müssen auf zweifache Art verwertet werden. Ein Teil muß den Bergarbeitern und den Angestellten für soziale Zwecke zustehen, der andere Teil muß durch Enteignung in der Form der progressiven Besteuerung der Bergleute, die bis zur Enteignung kommt, verteilt werden. Das war der Herr Finanzminister aus dem Jahre 1921. Um so mehr mußte es überraschen, daß in nicht allzu langer Zeit nach diesem öffentlichen Standpunkt Herr Professor Engliš in den Verwaltungsrat der Berg- und Hüttenindustrie, also der größten Kohlenbergwerksgesellschaft der Tschechoslowakischen Republik gewählt wurde und zur allgemeinen Ueberzeugung diese Wahl auch angenommen hat. Wenn von mir das Wort „gekauft“ in irgend-einem Zusammenhang gebracht werden kann, so höchstens nur damit, daß Herr Professor Engliš durch die Berufung auf die Stelle eines Verwaltungsrates bei den größten und reichsten Kohlenbergwerksgesellschaften des Tschechoslowakischen Republik und die Berufung als Verwaltungsrat auch noch bei anderen Industrieunternehmen der Republik seinen von ihm vertretenen Grundgedanken unterbreiten geworden ist. Wenn man sich den Umsturz in den Ideen eines gelehrten Menschen innerhalb einer Zeit von dreieinhalb Jahren vor Augen hält, und dabei in Betracht zieht, daß dieser Umsturz eigentlich mit der Berufung zum Verwaltungsrat einer privatkapitalistischen Kohlenunternehmung zusammenhängt, ist wohl genügend Anlaß für scharfen Kritik und zur schärfsten Kritik. Die ich mit meinem Zwischenruf zum Ausdruck bringen wollte. Der Herr Finanzminister Professor Dr. Engliš hat die Rolle und Aufgabe in dieser reaktionären Regierung, in dieser arbeiterfeindlichen Regierung

die arbeiterfeindlichen Pläne des Risks und der Mehrheit wissenschaftlich zu begründen.

Nach Wohl ergreift sodann das Wort

Abgeordneter Genosse Kadenberg:

Es fällt mir nicht ein, eine Verteidigungsrede zu halten, der Grund, warum ich mich zum Worte gemeldet habe, ist einzig und allein der, aufzuklären, wieso es zu dem Ausschluß gegen den Herrn Finanzminister gekommen ist. Ich habe meiner Ueberraschung und meiner Enttäuschung über den Finanzminister Dr. Engliš als Person Ausdruck gegeben. Ich habe hervorgehoben, was Dr. Engliš früher war und was er heute ist. Ich habe Dr. Engliš an die bessere Vergangenheit, an diese seine bessere Vergangenheit erinnert und der Ueberraschung Ausdruck gegeben, daß ein Mann mit solcher Vergangenheit sich zu einem

Werkzeug der reaktionären Majorität in diesem Staate

hergeben könne. Es ist mir nicht eingefallen, wenn ich dem Zwischenruf des Kollegen Wohl zustimme, zu sagen, daß Dr. Engliš gekauft, bezahlt worden wäre. Ich wollte damit nichts anderes sagen, als daß der Wissenschaftler Engliš, den wir früher auch als sozialdemokratischen Menschen zu werten verstanden haben, sich von der Mehrheit mißbrauchen ließ. Wenn Dr. Engliš sagt, er sei nicht der Verführer der Mehrheit, wenn Dr. Engliš weiter sagt, es falle ihm nicht ein, gegen seine Ueberzeugung zu handeln, sondern das, was

er hier gesagt habe, und was er geschrieben habe zur Begründung der reaktionären Taten der Mehrheit, sei seine innerliche Ueberzeugung, so bedauert mir den Mann, der diesen Weg gegangen ist.

Die dienstwillige Mehrheit lehnte natürlich den Antrag des Genossen Schäfer, die Angelegenheit an den Immunitätsausschuß zurückzuverweisen, weil die in der Geschäftsordnung vorgesehene 48stündige Frist nicht eingehalten worden ist, ab und beschloß, dem Wunsche des Finanzministers nach Erteilung einer Rüge an der beiden Genossen zu entsprechen. Selbstverständlich teilen auch hier die Aktivisten als gehorsame Diener der Regierung mit.

Sodann erstarrte Abg. Dr. Cerny Bericht über das Gesetz betreffend Verlängerung des Gesetzes über die Abgaben für Amtshandlungen. Das alte Gesetz erlitt mit Ende 1928 und soll durch den vorliegenden Entwurf bis Ende 1929 verlängert werden.

Abg. Dr. Kraft berichtet anschließend über den Gesetzesentwurf, womit das Gesetz über die Umsatz- und Zugsteuer verlängert wird.

Dazu spricht

Abg. Genosse Kadenberg

Er sagt, er habe sich gezwungen, gegen die Vorlage zu sprechen mit derselben Begründung, mit welcher die Vorlage im Budgetausschuß bekämpft wurde. Man muß sich vor Augen halten,

Schriftliches Verfahren im außenpolitischen Ausschusse.

Die Deutschbürgerlichen für die tschechoslowakische Außenpolitik.

In der heutigen Sitzung des außenpolitischen Ausschusses kam endlich das von unseren Genossen seit langem argierte außenpolitische Exposé auf die Tagesordnung. Es war jedoch nur der bevollmächtigte Minister Sirsa erschienen, weshalb Genosse Dr. Czach unter Hinweis auf die Notwendigkeit, daß die Verhandlung des Exposés im Beisein eines verantwortlichen Leiters des Außenministeriums abgeführt wird, den Antrag stellte, wegen Verhinderung des Ministers Dr. Benes durch die Senker Tagung den mit der Führung der Außenpolitik betrauten Ministerpräsidenten Svehla zum Erscheinen im Ausschusse und Teilnahme an den Exposéberatungen aufzufordern. Der Vorsitzende erteilte jedoch vorerst dem Minister Sirsa das Wort zu einem Exposé, auf das wir ein anderer Stelle zurückkommen. Entsetzt stellte Sirsa fest, daß das Exposé schon vor einem Monat schriftlich verfaßt wurde und zu den neuesten Ereignissen gar nicht Stellung nimmt. Hierauf läßt der Vorsitzende über den Antrag Dr. Czach abstimmen, der mit den deutschen sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen in der Mehrheit blieb. Genosse Dr. Czach knüpfte an die oben erwähnten Feststellungen über den Zeitpunkt der Verfassung des Berichtes an und stellte fest, daß es nach dem Zugestandnisse des vorerwähnten Ministers anteriori sit. Redner verweist auf eine ganze Reihe bedeutsamer außenpolitischer Ereignisse der letzten Zeit, die in dem Bericht überhaupt nicht erwähnt werden, so auf die gegenwärtige Senker Völkerverbundung, auf die deutsch-französische Verständigungsverhandlungen, auf die Beratungen über die Aufhebung der Militärkontrolle der Entente über Deutschland, auf den Bericht des Ministers Benes im Völkerverbund über die Abfertigung, auf den italienisch-tschechoslowakischen Konflikt und die in diesem Zusammenhang erfolgte Demission des Außenministers Rinec und erklärt, daß eine Aussprache über diese äußerst bedeutsamen, in ihren Auswirkungen unabsehbaren außenpolitischen Ereignisse unumgänglich notwendig sei und daß ein Bericht, der über alle diese wichtigen außenpolitischen Geschehnisse hinweggeht, als überholt bezeichnet werden muß. Sodann vermahnt sich Genosse Dr. Czach gegen den in diesem Falle vom Außenministerium unterommenen Versuch, im Verkehre zwischen dem Parlament und dem verantwortlichen Minister das schriftliche Verfahren einzuführen. Bei der notwendigen Aneignung gewisser Minister gegen die unmittelbare Berührung mit dem Parlament, würde dieser Vorgang ein Präjudiz darstellen, daß für die Methode des Parlamentarismus unabhsehbare Konsequenzen haben könnte. Dieser Versuch muß schon in den Anfängen unterbunden werden. Schließlich verweist Genosse Dr. Czach neuerlich auf die Unmöglichkeit, eine Exposédebatte in Abwesenheit der verantwortlichen Minister auszuführen und stellte den Antrag, die Debatte über das Exposé in Anwesenheit des verantwortlichen Ministers abzuführen und mit der Debatte über den vom Außenministerium über die letzten außenpolitischen Ereignisse zu erstattenden Bericht zu verbinden. Abg. Kreibich (Kommunist) schlägt sich dem Antrag des Genossen Dr. Czach an. Dr. Kramar (Nat.-Dem.) wendet sich in scharfer Weise gegen Dr. Czach. Er hält seinen Einspruch gegen die Verlesung des Exposés durch einen Vertreter des Ministers für unzulässig und bemängelt den von Dr. Czach erhobenen Vorwurf, daß nicht unmittelbar zur Demission Rinec, zum italienisch-tschechoslowakischen Konflikt Stellung genommen wird und meint, daß er sich schon eine Opposition gefallen lasse, aber eine derartige Opposition mit Entschiedenheit zurückweist. Es sei nicht einzusehen, wie der Außenminister jetzt, da der Ausschluß gleichzeitig mit der Senker Beratung tagt, einen Bericht über die erst in Einmündung befindlichen Dinge erhalten soll. Genosse Dr. Czach stellt demgegenüber fest, daß es eine tschechische Partei gegeben ist, die als erste den Vortrag des Exposés durch Minister Sirsa, wie überhaupt die Erstattung eines Exposés durch den Außenminister

das das Verfassungsgesetz im § 111 ausdrücklich bestimmt, daß Steuern und öffentliche Abgaben nur auf Grund eines Gesetzes eingehoben werden dürfen. Nach der Bestimmung des § 55 des Verfassungsgesetzes ist die Regierung ermächtigt, Verordnungen zu erlassen nur zur Durchführung von Gesetzes, aber nicht im Verordnungswege Steuern vorzuschreiben. Die Regierung ist nur ermächtigt, für Verwaltungszwecke Gebühren und Abgaben einzuhoben, und hat die Verpflichtung, innerhalb 14 Tagen der gesetzgebenden Körperschaft die Verordnungen, die sie auf Grund des Gesetzes erlassen hat, zur Genehmigung vorzulegen. Wir sind grundsätzlich gegen eine Verlängerung des Gesetzes vom 8. April 1925, und obwohl wir im Budgetausschuße eine Aenderung des § 9 zu erzielen vermochten, können wir trotzdem für die Vorlage nicht stimmen, weil unsere weiter zum Ausdruck gebrachten Bedenken, nicht Rechnung getragen wurde. (Beifall.)

Sodann überhört die Abg. Kociak (tsch.), (Nat.-Soz.) Dr. Scholl (deutsch.), Chalupa (tsch.), (Soz.-Dem.), Rinec (Komm.), Kurof (Korb-Ruth.), Dr. Samel (Nat.-Dem.), worauf die Debatte abgeschlossen wird.

Der Antrag des Gen. Dr. Czach auf Vorladung des Ministers des Innern, er möge Aufklärung über die Auflösung der Verammlung der Gen. Balabanoff in Prag erteilen, wird von der Mehrheit abgelehnt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr früh.

Benes auf das entschiedenste bekämpft und gegen die Erstattung des Exposés im Ausschusse Einspruch erhoben hat. Es sei jene Partei gewesen, deren Vorsitzender Dr. Kramar ist. Im übrigen verweist Dr. Czach darauf, daß der außenpolitische Ausschluß monatelang nicht einberufen wurde und daß es ganz in der Hand des Ministeriums gewesen sei, den Bericht vor oder nach der Tagung im Ausschusse zu erstatten, wobei Genosse Czach darauf verweist, daß gerade der erstere Vorgang der richtige gewesen wäre. Vom Standpunkte der parlamentarischen Kontrolle der Außenpolitik wäre es Pflicht des Außenministers gewesen, die Stellungnahme der gewählten Volksvertreter einzuholen und nicht als Entscheidung diktorisch zu treffen und das Parlament vor vollzogenen Tatsachen zu stellen. Den tschechoslowakischen-italienischen Konflikt und damit im Zusammenhang die Demission Rinec zu erörtern, ist nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht des Parlamentes, zumal sich aus diesem Konflikt Komplikationen ergeben können, die sich auch im Verhältnis zur Tschechoslowakei auswirken und Tatsachen von unsehbarer Tragweite schaffen können. Daselbst gibt auch im Hinblick auf die Treibereien Polens gegenüber der Forderung Deutschlands nach Aufhebung der Kontrolle, in welcher Frage wir die Tschechoslowakei vor jeder unüberlegten Stellungnahme gegenüber Deutschland und von der Schaffung eines neuen Konfliktes bewahrt wissen wollen. Das Vorgehen der Regierung, das hier durch die Stimmen der Mehrheitsparteien gedeckt wird, steht mit den Grundgeden des Parlamentarismus und der Demokratie in hohem Widerspruch und muß auf das härteste mißbilligt werden. Wegen des letzten Vorwurfs wird Genosse Czach vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Kramar erklärt, er müsse Dr. Czach recht geben, wenn er die von ihm angeführte Tatsache als außerordentlich bedeutsam bezeichnet. Gerade dieses Moment muß uns dazu bestimmen, heute schon über die Dinge zu sprechen und dem Vertreter des Außenministeriums Gelegenheit zu geben, von den zur Verhandlung gelangten Tatsachen dem Minister telegraphisch Nachricht zu geben, damit er diese Momente entsprechend berücksichtigen könne.

Der Antrag Dr. Czach auf Vertagung der Debatte wird abgelehnt, der Antrag auf Verbindung der Aussprache mit der Debatte über das neuerlich zu erstattende Exposé Benes, wird vom Vorsitzenden als unzulässig (h) nicht zur Abstimmung gebracht. Ebenso wird ein Antrag des Slowaken Vnderio abgelehnt, die Debatte in einer auf nächsten Dienstag einuberunden Sitzung abzuführen.

Da sich trotz wiederholter Anfragen des Vorsitzenden niemand mehr zu Wort meldet, sprang dann nach einer kleinen Pause Dr. Kramar zum drittenmal als Redner ein und richtete an den Vertreter des Ministers das Ersuchen, die Umstände anzuführen, die zur Kündigung des Handelsvertrages mit Oesterreich geführt haben und in diesem Zusammenhange auch mitzuteilen, wieso es in Verbindung damit zu gewissen Judisaktionen des außenpolitischen Propagandadienstes kommen konnte, welcher vorzeitig die Meldungen über die Kündigung in die Welt gesetzt hat. Im Anschluß daran, befragt Kramar noch einige außenpolitische Fragen, worauf Sirsa die Anfragen beantwortet und da sich niemand mehr zum Wort meldet, die Debatte geschlossen wird. Eine Abstimmung über das Exposé fand nicht statt.

Das Exposé Sirsas gliedert sich in fünf Hauptteile, deren erster den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und dessen Folgen, sowie das deutsch-französische Abkommen mit Bezug auf die Tschechoslowakei behandelt. Der zweite Hauptteil betrifft die Politik der Kleinen Entente und die neue Situation in Europa, der dritte bezieht sich auf die kirchenpolitischen Probleme, der vierte Hauptteil ihre künftigen Aufgaben der Außenpolitik und der fünfte Teil enthält nichts als Phrasen über die Grundgeden, von denen sich die tschechoslowakische Außenpolitik angeblich leiten lasse.

Ueber Deutschland und die Locarnopolitik

sagte der bevollmächtigte Minister u. a.: „Für die Tschechoslowakei haben die jüngsten Ereignisse eine außerordentliche Bedeutung. Wir

und der unmittelbare Nachbar Deutschlands und seit dem Krieg Verbündete und Freunde Frankreichs. Das Einberufen zwischen diesen beiden Staaten wird zur friedlichen Entwicklung auch unseres Staates beitragen. Unsere ganze Außenpolitik nach dem Kriege trichtete danach, durch diese Entwicklung nicht überrascht zu werden und so haben wir jede Gelegenheit benützt, um die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern. Dies war uns ohne eben möglich, als es keine Streitpunkte zwischen uns und Deutschland gibt und auch in Zukunft nicht geben mag.

Die parlamentarische Unterjochung der Coburg-Affäre abgelehnt.

Der größte Stand im tschechoslowakischen Parlament.
 In der Sitzung des Initiativsausschusses, der abends nach der Plenarsitzung zusammentrat, wurde der Antrag der tschechischen Sozialdemokraten auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Coburg-Affäre mit 11 Stimmen der Regierungsparteien gegen 8 Stimmen der Opposition abgelehnt. Die Deutschbürgerlichen stimmten mit der Regierungsmehrheit. Der tschechische Sozialdemokrat Dr. Winter erklärte daraufhin, daß diese Abstimmung der größte Skandal sei, den man bisher im tschechoslowakischen Parlament erlebt habe.

Sodann wurde der Antrag der Deutschbürgerlichen, daß sich das Abgeordnetenhaus mit der Aenderung der Geschäftsordnung befasse, durchgelesen; der Antrag wird also dem zuständigen Ausschuss zugewiesen werden. Unsere Genossen haben den Antrag auf Einsetzung eines Geschäftsordnungsausschusses gestellt und haben den Antrag auf Einsetzung eines Geschäftsordnungsausschusses gestellt und man kann begreiflich sein, wie sich die deutschen Aktivisten zu diesem Antrag verhalten werden.

Die Deutschbürgerlichen gegen die Invaliden und für den Militarismus.

Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses.
 Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses wurde über die Verlängerung des Invalidengesetzes und über den zu schaffenden Rüstungsfonds verhandelt. Zum Invalidengesetz sprach namens unseres Klubs Genosse Dietl, welcher hervorhob, daß die Vertreter der Parlamentarierparteien vor kurzem einer Deputation der Invalidenorganisation zugesichert haben, für die Forderungen der Invaliden einzutreten und jetzt sich dazu die Gelegenheit, eine dieser Forderungen zu berücksichtigen, er stelle den Antrag, daß das Maximaleinkommen für den Bezug der Invalidenrente gleichmäßig für die Selbständigen und Unselbständigen auf einen Betrag von 1200 K erhöht werde. Sowohl dieser Antrag, als auch alle anderen, von kommunistischer und tschechisch-sozialdemokratischer Seite gestellten Abänderungsanträge, wurden jedoch von der Mehrheit abgelehnt, natürlich auch von allen deutschbürgerlichen Regierungsparteien.

Zur Vorlage über den Rüstungsfonds sprach Genosse Hadenberg, welcher den grundsätzlich ablehnenden Standpunkt unserer Partei zum Militarismus und den Rüstungen begründete und darauf verwies, wie eigenartig es beruhe, wenn zu gleicher Zeit Dr. Beneš in Genf Zustimmungsgeschiedenheiten für die Abrüstung abgibt, in der gegebenden Körperlichkeit dieses Staates neue Rüstungskredite bewilligt werden. Er beantragte sodann Uebergang zur Tagesordnung, welcher Antrag ebenso wie alle Abänderungsanträge von der Mehrheit abgelehnt wurden. Es stimmten natürlich auch wieder

Sowohl die deutschen Agrarier, als auch Christlichsoziale und Gewerbevertreiler für die 315 Millionen Kronen Rüstungskredit,

welche alljährlich in den nächsten elf Jahren aufgebracht und verwendet werden sollen, wobei auch eine Stabilisierung des sonstigen Militäraufwandes von 1400 Millionen Kronen ebenfalls für die nächsten elf Jahre herbeigeführt wird.

Die Handelsverträge mit Ungarn und Oesterreich.

Handels- und Gewerbeausschuß.

Im Handels- und Gewerbeausschuß des Abgeordnetenhauses gelangten die Verträge mit Ungarn und Oesterreich zur Beratung. Der Referent Radin (Magyarier) erklärt, daß die Agrarier bereit seien Opfer zu bringen. Müßte sich aber in Sätzen darüber, welches diese Opfer sein werden. Die Rednerin unserer Fraktion, Genossin Kirpal, wies mit Recht darauf hin, daß die Erfüllung des Referenten wertlos sei, weil ja der Artikel 5 des Zollgesetzes vom 15. Juli die Herabsetzung der Getreidezölle im Vertragswege unmöglich mache. Genossin Kirpal führte weiters aus, wie schwer die Bevölkerung durch die Zollbefreiung geschädigt sei. Minister Peroutko, der in die Debatte eintritt, verwies darauf, daß es eine Herabsetzung der Zölle für die im Artikel 5 genannten 13 Warenklassen nicht zu denken sei, womit die Wertlosigkeit der scheinbaren Beteuerungen des agrarischen Referenten vollkommen erwiesen war. Genossin Kirpal, die dann nochmals zu Wort kam, führte an einigen Beispielen aus, welchen Umfang die Tagnation der Tabafric gerade durch das Nichten eines Handelsvertrages mit Ungarn annehmen habe.

Sodann wurde das Protokoll zum Osterreichischen Handelsvertrag, das gerade jetzt

von Osterreich gekündigt wurde, in Verhandlung gezogen. Mit Recht konnte daher die Genossin Kirpal daran Kritik üben, daß das Abgeordnetenhaus über einen Vertrag erst zu einer Zeit beschließen solle, da dieser gerade abläuft. Das Vorgehen der tschechoslowakischen Unterhändler

Budgetdebatte im Senat.

Genosse Rieker über die Deutschbürgerlichen. — Scharfe Auseinandersetzungen unserer Genossen mit dem Landbändler Luffsch.

Prag, 9. Dezember. Der Senat ging heute in die Budgetberatung ein, die bis Dienstag beendet werden soll. In der Debatte über die politische Gruppe des Voranschlags zeigte Genosse Rieker in einer rhetorisch wichtig angebauten, klar durchdachten und die Wirkung nicht verkehlenden Rede die Wandlung unserer Deutschbürgerlichen von der maudislerischen Opposition der vergangenen Jahre bis zur heutigen slavischen Unterwürfigkeit unter den Willen ihrer tschechischen Koalitionstreunde auf. Das Budget für das heur Landbändler und Alkoholisten, ist ein nur noch schlechterer Abklatsch seiner Vorgänger. Von der früher geforderten Wiedergutmachung der nationalen Schäden" in aber keine Rede mehr; wenn den Deutschbürgerlichen materielle Vorteile winken, dann hebt ihr ganzer unanfechtiger Nationalismus zum Teufel.

In einem treffenden Vergleich zum Jahre 1848 unterzog Genosse Rieker sodann die Nationalkriegsentwicklung einer eingehenden Untersuchung und wies nach, wie diesmal die tschechischen Arbeiter, ohne die dieser Staat heute nicht bestünde, planmäßig zurückgedrängt wurden und die Tschechischbürgerlichen systematisch daran gingen, sich mit ihren deutschen Kollegen gegen die Arbeiterschaft zu verbünden. Nun ist das deutsche Bürgertum, das in der Opposition sich vielfach sozial gebärdete konnte, da seine Klasseninteressen ohnedies von den Tschechischbürgerlichen mit vertreten wurden, aber zur Demaskierung gezwungen und klare Verhältnisse geschaffen.

Mit leidenschaftlichen Worten wies Genosse Rieker sodann das Schlagwort vom „Verlogen des Sozialismus" zurück und sprach den bürgerlichen Parteien überhand jede Fähigkeit zur Lösung der Frage des nationalen Ausgleiches ab; mangels werbender Ideale freiten sich die Bürgerlichen gerade durch die Aufspaltung des Nationalismus noch weiter.

Die letzten Sonntagsgreden der beiden deutschen Minister bildeten einen weiteren Punkt der Ausführungen Riekers; die Deutschbürgerlichen haben nicht, wie sie sich rühmen wollen, die allnationale Koalition zerfallen, die schon morph und zerfallen war, sie haben aber deren System gerettet und neu gefestigt, ein System, das heute auch die größten Skandal-Affären ruhig deckt.

Ein rhetorisches Meisterstück war der Ausklang der Rede, als Genosse Rieker mit pochenden Worten von den unbegründlichen Idealen des Sozialismus sprach, die von den Gelehrten geringschätzig als „sozialistische Utopien" bezeichnet werden, die aber Millionen Arbeiterherren zum nie ermüdenden Kampf für eine bessere Zukunft zu begeistern verziehen und die den Massen im jermürbenden Ringen um das tägliche Brot erst den sicheren Rückhalt, ja erst den Lebensinhalt geben; sie müßen uns über alle Hindernisse hinweg zum Siege führen. Dann wird der Tag der Abrechnung gekommen sein!

Nach Eröffnung der Sitzung um 10 Uhr vormittags wird zunächst der Kommunist Slavka wegen einer Ehrenbeleidigung angeklagt und in zweiter Lesung der dritte Zusatzvertrag zum Osterreichischen Handelsvertrag angenommen.

Sodann geht das Haus in die Beratung des Staatsvoranschlags für 1927 ein. Die Debatte wird in vier Gruppen, und zwar politische, sozial-kulturelle, Wirtschaft und Verkehr und endlich Finanzen gegliedert.

Nach dem einleitenden, mehr als eineinhalbstündigen Referat des Generalberichterstatters Stodola wird die erste Gruppe in Verhandlung gezogen. Erster Rednerredner ist der tschechische Sozialdemokrat

Subrdman,

der die Schulfrage am Verfall der alten Koalition erneut aufwirft. Dem Eintritt der Deutschen in die Regierung hätte die Umarbeitung eines national-politischen Programmes vorausgehen sollen. Da die Deutschbürgerlichen nur aus Standesinteressen in die Regierung gegangen sind, kann man diesen Eintritt keineswegs als Stärkung des Staatsgebildes werten. Redner kritisiert dann den reaktionären Kurs, der sich in planmäßigen Vortößen gegen unsere sozialpolitische Gesetzgebung zeigt, und warnt namentlich vor radikalen Änderungen an der Struktur der Sozialversicherung.

Redinger (D. Christlichsoz.) erklärt, wenn seine Partei für das Budget stimme, so sei darin nur die Erwartung auf eine kommende Aenderung der Staatswirtschaft, nicht aber eine Billigung der bisherigen Verwaltung und auch nicht der Einzelheiten des Budgets zu erblicken. Dann bringt er einen ganzen Haufen von Wünschen und Beschwerden vor, mit denen er kaum vor seinen Wählern, noch weniger aber vor dem Forum der koalierten Parteien Glück haben wird trotz der Drohung, daß seine Partei nicht die Mitverantwortung tragen konnte, wenn man ihr in dieser Hinsicht nicht entgegenkomme.

sel geeignet, den Abschluß von Handelsverträgen zu verschleppen.

Zum Schluß wurde für die Beratung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb ein Subkomitee eingesetzt, in das auch Genossin Kirpal gewählt wurde.

Brunar (D. Nat.) sagt dem Staate den wirtschaftlichen Untergang voraus, wenn er seinen nationalen Charakter nicht aufgibt und sich so in dauernden Gegensatz zu seinen Nachbarn stellt. Der Aktivismus hätte die Kunst des Bartens lernen müssen. So aber sei der Eintritt der Deutschen in die Regierung zu früh erfolgt: es habe sich weder innen noch außenpolitisch etwas geändert und die deutschen Minister werden nur gebraucht, um die tschechischen Sozialisten gefügig zu machen. Auch in absehbarer Zeit werde der Regierungseintritt dem deutschen Volke keinen Vorteil bringen, weil gerade durch diesen Eintritt die natürliche Entwicklung aufgehoben worden sei. Die Tschechen werden die Deutschen nur so lange in der Regierung ertragen, als sie einen Vorteil davon haben; sobald aber die Deutschen Forderungen unterbreiten werden, wird diese Vermittlung geschehen werden.

Kovalik (Slav.) hält für die größten politischen Fehler die Meinung, daß man ohne die slawische Volkspartei regieren könne und daß man auf die Slowakei drausähle. Als er in ganz eindeutiger Weise den Kampf gegen die Sozialversicherung ankündigt, kommt es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Slawaken und den sozialistischen Parteien, so daß der Redner minutenlang unterbrochen muß.

Ludera (Romm.) legt ziemlich unerbautet ein Bekenntnis zum Staat ab, indem er erklärt, seine Partei sei nicht grundsätzlich staatsfeindlich und wenn sie vor die Entscheidung gestellt würde, würde sie leicht beweisen, daß sie eine staatsverhaltende Partei ist; aber die Regierungsmehrheit müßte dann anders aussehen.

Sodann kommt Genosse Rieker zu Worte, dessen wichtige Anklagerede gegen die bürgerliche Koalition und namentlich gegen die Deutschbürgerlichen wir morgen ausführlich nachtragen werden. Als nach seinen beifällig aufgenommenen Rede der landbändlerische Senator

Luffsch, der noch vor einem Jahr namens des damaligen Deutschen Verbandes eine scharfe oppositionelle Rede gehalten hatte, auf die Rednertribüne geht, hörgen von allen Seiten Zwischenrufe unserer Genossen auf ihn ein, so daß er sich zunächst überhaupt kein Gehör verschaffen kann, trotzdem der Vorsitzende Prabez die Glocke ununterbrochen in Bewegung setzt. Luffsch knüpft an das Exposé des Ministerpräsidenten recht übertriebene Hoffnungen, wird in seinen Erwartungen aber durch unaufhörliche schlagfertige Zwischenrufe unserer Genossen immer und immer wieder unangenehm geöhrt. Als er konstatiert: „Bisher wurden wir nicht als gleichberechtigt angesehen", ruft ihm Genosse Stark zu: „Sind Sie es denn heute?" Luffsch: „... wir sind auf dem Wege, darauf hinzuarbeiten."

Genosse Jarolim: Ja, auf dem Holzwege! Reuen bestigen Widerspruch auf Seite unserer Genossen und einiger tschechischer Sozialdemokraten erregt es, als Luffsch Ablehr von den sozialistischen Theorien fordert.

Genosse Jarolim: „Ja, das ist Euer Herzschwund; da seid Ihr blind gegen alles andere!" Namentlich Genosse Polach hält sich leidenschaftlich darüber auf, daß der Führer der Deutschbürgerlichen im Senat derartig über soziale Probleme zu reden wage.

Luffsch: „... so haben sich deutsche und tschechische Landwirte gefunden (Zwischenruf: zur Aufpländerung des Volkes!) und von den Jöllen führt eine gerade Linie (Genosse Stark: eine Kette von Verrats!) zu den heutigen Verhältnissen. Als Luffsch hierauf in einer ungehörigen Wendung von den Interessen derer spricht, die nicht das Rätsel schnüren und andoandern können, und deshalb auf eine Aenderung der Verhältnisse hinarbeiten müßten, fassen dies unsere Genossen mit vollem Recht als eine unerhörte Provokation der beschloßenen Massen durch einen typischen Vertreter der auf ihren Besitz pochenden Klassen auf und protestierten in den schärfsten Ausdrücken dagegen.

Genosse Jarolim ruft: „Ist das vielleicht eine Schande, wenn man kein Haus und keinen Hof hat?"

Genosse Stark: „Das ist eine Gemeinheit!"

Luffsch sucht sich mit aller Gewalt herauszureden und den Lärm zu überschreien; da kommt ihm der nationaldemokratische Vorsitzende Prabez zu Hilfe und erteilt nacheinander ohne ausreichenden Grund Ordnungsrufe an die Genossen Stark und Jarolim, die sich über die Provokationen des Landbändlers nicht beruhigen können. Auch Genosse Bentele erhält einen Ordnungsruf, als er auf eine Bemerkung Luffsch über die sozialistischen Phrasen ihm zuruft: „Ja, für sie ist auch der Kampf ums Brot eine Phras!"

Luffsch erklärt schließlich wütend, er werde überhaupt auf keinen Zwischenruf mehr reagieren, und legt die Verlesung seines Konzeptes fort. Er legt von den Tschechen voraus, daß sie es schließlich meinen; seine Partei würde nicht davor zurückschrecken, wieder in die Opposition zu gehen (Aromische Zwischenrufe), wenn gegen sie regiert würde. Die Aenderung der Sozialver-

Der Bericht des Militärkomitees fertig.

Alle Fragen bereinigt.

Genf, 9. Dezember. (Eigenbericht.) Das Militärkomitee in Versailles hat, wie hier bekannt wird, seinen Bericht für die Vörschafterkonferenz, die heute abends eine Sitzung abhält, beendet. Es heißt, daß sämtliche noch offen gebliebenen Fragen befriedigend geregelt seien, so daß die Vörschafterkonferenz den Beschluß auf Zurückziehung der Militärkontrollkommission aus Deutschland fassen werde.

Der abschließende Bericht der Vörschafterkonferenz wird aber wahrscheinlich erst spät hier einlangen, so daß vor morgen keine Verhandlungen der fünf Minister mehr stattfinden dürfen.

Sicherung hält Luffsch für unbedingt notwendig. Das ruft bei unseren Genossen einen neuen Proteststurm hervor, wobei Genosse Stark zum zweitenmal zur Ordnung gerufen wird. Luffsch jammert dann über die schlechte Lage der Landwirtschaft, wofür die Steuerrückstände von zwei-einhalb Milliarden ein schlagender Beweis sein sollen und verlangt schließlich auch auf handelspolitischem Gebiete „Umkehr". Unter beständigem Geplänkel mit unseren Genossen geht schließlich auch diese von keiner Sachkenntnis getriebene Rede zu Ende.

Die Debatte geht sodann bis gegen 11 Uhr nachts weiter.

Währungsnotum gegen die deutschen Zollparteien.

In ihrer eigenen Versammlung.

Eine vernichtende Niederlage erlitten die Landbändler und Gewerbevertreiler am letzten Sonntag in Braunau. Diese Zollparteien hatten nämlich eine Protestversammlung gegen die „Härten und Schärjen des Sozialversicherungsgesetzes und gegen die beabsichtigte Einführung der Sonntagstrube" einberufen und dazu brieflich auch die „Herten Genossen Rambouse und Seidel" eingeladen. Die Versammlung war massenhaft besucht, in der Mehrheit natürlich von Arbeitern. Tschepek referierte und verdolmetschte das Lied der „Feinde jeden sozialen Fortschrittes". — Es sprachen von unserer Seite die Kommunisten Schenk und von den Hertenkreuzlern Kaiser. In der Versammlung selbst wurde nachstehende Resolution mit Mehrheit angenommen:

Die heute, den 5. Dezember 1926 im Braunauer Arosaal stattfindende Parteiversammlung gegen die „Härten und Schärjen des Sozialversicherungsgesetzes und die beabsichtigte Einführung der Sonntagstrube", einberufen vom Handelsrat Braunau, Bund der Landwirte, Bezirksleitung der deutschen Gewerbevertreiler Braunau-Welschdorf spricht den parlamentarischen Vertretern der deutschen Zollparteien, das sind Bund der Landwirte, deutsche Gewerbevertreiler und deutsche christlichsoziale Volkspartei auf Grund ihrer reaktionären Haltung bei der Beschlußfassung über das Sozialversicherungs-gesetz im tschechoslowakischen Parlament, die im Verein mit den tschechischen bürgerlichen reaktionären Parteien zu bedeutenden Verschlechterungen der ursprünglichen Regierungsvorlage geführt hat, das schärfste Mißtrauen aus.

Die Versammlung wendet sich gleichermassen auf das energische gegen die, von oben ernannten Parteien im Reibstellungswege angefertigten Verschlechterungen des derzeitigen Gesetzes und stellt fest, daß das Gesetz über die Sozialversicherung eine Volksnotwendigkeit darstellt, die verhindern soll, daß auch in späterer Zeit so wie heute alte, arbeitsfähige Menschen, die ihr Leben lang für die Gesellschaft gearbeitet haben und Mehrwert geschaffen haben, ihre Mütterchen arbeitslos müssen.

Die Versammlung hält es für einen Stand-I, daß sich Parteien dafür hergeben, gegen das Gesetz über die Sozialversicherung zu protestieren und fordert die maßgebenden Instanzen auf, dafür Sorge zu tragen, daß das Gesetz ehestens verbessert und durch Zusammenfassung aller Versicherungs-gemeine zu einem wirklichen Schutzgesetz für das arbeitende Volk ausgeschaltet werde.

Man muß die notwendigen und ersaunten Gesichter nach der Abkimmung gesehen haben, wenn man sich ein Bild über die Schweden machen will. Die Arbeiterschaft lang die „Internationale", das Bürgertum verließ wunschtaubend den Saal und das Präsidium vergah sogar darauf, die Versammlung zu schließen.

Vorsprache der Bergarbeiter beim Arbeitsminister.

Gestern sprach eine Abordnung, bestehend aus Vertretern aller Bergarbeiterorganisationen, beim Arbeitsminister Dr. Spina vor und karte den Minister über den Lohnkonflikt im Bergbau auf. Die Vertreter verwiesen auf den unberechtigten ablehnenden Standpunkt der Grubenebesitzer und verlangten, die Regierung möge im Interesse der ruhigen Entwicklung der Wirtschaft und der Kohlenförderung im Sinne der Bergarbeiterwünsche bei den Grubenebesitzern intervenieren.

Tagesneuigkeiten.

Aus dem Lande der Tierquälerei.

Spanien mit seinen Stiergefächten und anderen 'Belustigungen' war bisher das klassische Land der Tierquälerei. Die Kultur (zu 50 Prozent der Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben) mag ihren Anteil an dieser heillosen Tatsache haben, aber ihre äußersten Wurzeln reichen in die Tiefen der spanischen Volksseele selbst hinein und vielleicht in geschichtliche Hintergründe (Inquisition). Aufschreiend sind jetzt aber ernsthafte Ansätze zur Besserung vorhanden. Seit über einem Jahrzehnt gibt es in Madrid, Barcelona, Bilbao und anderen größeren Städten Tierquälereivereine, die eine leidhafte Tätigkeit entfalten und vielfache, nennenswerte Erfolge erzielt haben, unter anderen den, daß ihnen Staat und Gemeinden endlich taugliche Unterstützung leisten. So sind die sogenannten Capas (die Abmarterung von jungen Stieren mit Feuer und Schwert, das Hauptquälmittel der häuslichen Kirchweihfest) streng verboten, wobei allerdings Rücksichtnahmen des Gesetzes nicht selten sind. Demnach soll auch die Tötung und überhaupt die Vorführung von Tieren bei Stiergefächten untersagt werden. Vor kurzem hat die Regierung den Bürgermeister von Teruel abgesetzt, weil er eine Capa in seiner Ortschaft gestattet hatte. Letzte Woche fand in Barcelona eine Volksversammlung statt, in der die Abschaffung der Stiergefächte überhaupt gefordert wurde. Unverkennbar ein Zeichen der Zeit! Ma kann beobachtet, daß sogar das Stierkampfpublikum, das vor etwa zwanzig Jahren Blasco Ibañez in seinem Roman 'Die Arena' als 'die wahre Bestie, deren Gebrüll entsteht', bezeichnet hat, heute offenkundig von den ärgsten Grausamkeiten abdrückt und für doch schon steigend als anwidern empfunden.

Unlangst ist auch der Alcalde von Madrid, Graf Balcells, mit einem energischen Edikt zum Schutz der Tiere eingetreten. Die häufig und raffiniert Tierquälereien in der spanischen Hauptstadt sind, davon gibt die Liste der mit Strafen bedrohten Vergehen eine rourige Vorstellung. Es wird verboten: Jagtiere auf Kopf und Arme zu schlagen, sie mit spitzen Messern und Werkzeugen zu stechen, mit Stacheldraht zu gefesseln, Hunde unter Wagen angebunden zwischen den Rädern zu führen, Hunde und Katzen durch Anbinden von Blechbüchsen oder Kochtöpfen an den Schwanz zur wilden Flucht anzureizen oder ihnen sonst Qualen zu verursachen; lebendes Geflügel mit gebundenen Füßen und herabhängendem Kopf zu transportieren oder feilzubieten; Hester anzubinden; in'sterntreffende Vögel zu jagen; Vögel Kindern als Spielzeug anzuliefern, sie als Festschnecke zu verwenden (seiber wird das Tausendfüßlerchen, dem hohe Herren mit Leidenschaft fröhnen, nicht verboten), Fahnenlämpfe zu benutzen, Vögel zu binden und dergleichen mehr. So ist denn zu hoffen, daß sich in Spanien der Tag naht, da bewußter Schutz der Tiere, Gerechtigkeit und Mitleid mit dem 'Vieh' den Menschen vor den Auswirkungen seiner eigenen Verrücktheit behütet.

Katastrophen.

Paris, 8. Dezember. Nach einer Meldung des 'New York Herald' aus Madrid sind bei einem Zugzusammenstoß in der Südspanischen 25 Personen getötet und 54 schwer verletzt worden.

Madrid, 8. Dezember. In Oviada, einem Flecken in Asturien, wurde durch Abstürze von Erdmassen, die sich infolge der gewaltigen Regenfälle der letzten Tage von einem Abhang gelöst hatten, ein Haus umgerissen, dessen Trümmer ein anderes mitrissen. Sieben Personen kamen ums Leben, darunter fünf Kinder. Drei Personen wurden schwer verletzt.

Salzburg, 8. Dezember. Bei den Salzschmelzarbeiten bei der Zellulosefabrik Hallein erfolgte heute infolge eines Erdstößes ein Einbruch eines 50 Meter langen und 15 Meter breiten Schrottopfes. Dabei wurden 13 Arbeiter begraben, von denen vier schwer, sieben leicht verletzt und zwei nurmehr tot geborgen werden konnten.

Als 'Mussolini' ein Schimpfwort? Der 'Kaff' 'In' wird aus Brüssel folgende hübsche Begebenheit berichtet: Ein Mieter hatte in Dauselung ein Lokal aufgeschlagen, auf dem zu sehen stand, daß sich die Mieter zusammenfinden sollten, um den Forderungen des Hausbesizers die Stirn zu bieten. Den Hausbesitzer selbst bezeichnete er dabei als einen entsetzlichen Tyrannen und den Portier als einen Mussolini. Das ließ den Hausbesitzer nicht ruhen und er lief zum Kafi. Der oberste des Wächters wegen beider Delikte. Der leidenschaftliche Mieter legte Berührung ein und nun hatte kein Verteidiger in großer Rede vor dem Brüsseler Gericht aufeinander, daß die Titulierung 'Mussolini' keineswegs eine Beleidigung, sondern vielmehr eine Schmeichelei sei, denn der Vergleich mit einem Wohltäter der Menschheit sei offenbar eine Ehrung. Wenn aber, so meinte der geriebene Herr Verteidiger, das Gericht die Bezeichnung 'Mussolini' als eine Beleidigung ansehe, so könnten daraus bedeutungsvolle diplomatische Zwischenfälle erwachsen. Das Gericht würdigte die Würdigung dieses Arguments und fand die salomonische Lösung, den Angeklagten wegen des 'Mussolini' freizusprechen, im übrigen aber die Verurteilung der ersten Instanz auf Grund der Bezeichnung 'entsetzlicher Tyrann' bestehen zu lassen.

Hafent Kreuzler im Bunde mit tschechisch-nationalen.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner leistet der tschechisch-nationalen 'Jednota' Wahlhilfe.

In den Tagen vom 10. bis 15. Dezember finden die Wahlen in die Krankenkasse für die Bediensteten der tschechisch-nationalen Staatsbahnen statt. Für diese Wahlen haben in einer gemeinsamen Wahlgruppe die zwei national-sozialistischen Organisationen, 'Berein deutscher Eisenbahnerbeamte' und 'Gewerkschaft deutscher Eisenbahner', sowohl in den Zentralausschuss, als auch in fünf Direktionsausschüssen Kandidaten aufgestellt.

Das 'Nordböhmische Tagblatt' veröffentlichte in der Nummer vom 4. Dezember über vorgenannte Wahlen folgende Mitteilung:

'In den Krankenkassenwahlen der Eisenbahner. Vom 10. bis 15. Dezember 1928 finden die Wahlen in die Vertretungskörper der Krankenkasse der Eisenbahner statt. Es ist persönliche und nationale Pflicht jedes deutschen Eisenbahners, ob aktiv oder pensioniert, das Wahlrecht auszuüben. Jeder Eisenbahner verleihe daher seine Stimmzettel. Vertretern zu seinem Volle steht, wähle den 'Berein deutscher Eisenbahnerbeamte' und die 'Gewerkschaft deutscher Eisenbahner'. Die entsprechenden Abschlüsse sind bei den Ortsgruppen dieser Gewerkschaften und bei den Vertrauensmännern zu haben. Für die Krankenkassenwahlen der Eisenbahner gilt die einzige Lösung: Der deutsche Eisenbahner wählt die deutschen Gewerkschaften.'

Ähnliche Aufforderungen waren auch in anderen deutsch-nationalen Blättern sowie in den Tagesschriften der zwei deutsch-nationalen Organisationen enthalten. Was jedoch in allen diesen Blättern nicht veröffentlicht wurde, ist der Umstand, daß der 'Berein deutscher Eisenbahnerbeamte' und die 'Gewerkschaft deutscher Eisenbahner' mit der tschechisch-nationalen 'Jednota' die Listenföpfung angemeldet haben.

Im Zusammenhang mit dieser Listenföpfung bedeutet die Wahlbeteiligung der beiden Organisationen, die in politischer Richtung nationalsozialistisch sind, nichts anderes als ein Stimmzettel für die tschechisch-nationale Eisenbahnerorganisation 'Jednota.'

Die Wahlen sind bei den Wahlen in die Krankenkasse der Staatsbahn so hoch, daß keine Aussicht besteht, daß der 'Berein deutscher Eisenbahnerbeamte' und die 'Gewerkschaft deutscher Eisenbahner' ein Mandat erreichen könnten. Für den Zentralausschuss dürfte die Wahlzahl an den Zentralausschuss dürfte die Wahlzahl annähernd 25.000, für die einzelnen Direktionsausschüsse annähernd 4000 bis 5000 Stimmen betragen. Bei den Wahlen in die Vertrauensmännerratschüsse, die im Jahre 1924 stattfanden, brachte die Wahlgruppe 'Berein deutscher Eisenbahnerbeamte' und 'Gewerkschaft deutscher Eisenbahner' überhaupt nur 8702 Stimmen auf, somit nur einen Bruchteil jener Anzahl, die bei den jetzigen Wahlen zur Erreichung eines Mandates erforderlich sind.

Nach den Bestimmungen der Wahlordnung werden die Stimmen der Organisation, welche die Wahlzahl nicht erreicht, dann jener Organisation zugewiesen, mit der die Listenföpfung durchgeführt wurde und die im ersten Antrium bereits Mandate erhielt.

Wie die Sachlage liegt, werden somit höchstwahrscheinlich sämtliche Stimmen, die in den Krankenkassenwahlen der Eisenbahner auf die zwei deutsch-nationalen Organisationen entfallen, zur Gänze der 'Jednota' zugeschrieben werden.

Wer ist nun die 'Jednota'? Die 'Jednota' ist jene tschechisch-nationale Eisenbahnerorganisation, die gegen die Bediensteten der Kinderheilshäuser wiederholt die gewissenloseste Hebe entworfen. Den unheilvollen Einfluß dieser Organisation wurden die deutschen Bediensteten besonders während des Personalabbaues gewahrt. Die Vertreter der 'Jednota' erklärten es geradezu als ihr Programm, daß die deutschen Bediensteten aus dem Bediensteten entfernt werden. Ein Vertreter der 'Jednota' sprach es auf der Zentralversammlung seiner Organisation sogar aus, daß, wenn alle politisch unzulässigen Bediensteten aus dem Eisenbahndienste entfernt werden, statt 18.000 Bediensteten 40.000 Bedienstete abgebaut werden müßten.

Hier ist mit wenigen Strichen gezeichnet, wie das Wirken der 'Jednota' gegenüber den deutschen Eisenbahnerpersonalen beschaffen war und noch ist. Und mit dieser 'Jednota' schließen nun die deutsch-nationalen Eisenbahnerorganisationen zu dem Zwecke ein Wahlbündnis, damit der erlernten die Stimmen der deutschen Bediensteten in den Krankenkassenwahlen zugewiesen werden. Diese moralische Handlung nennt das 'Nordböhmische Tagblatt' eine persönliche und nationale Pflicht.

Die 'Gewerkschaft deutscher Eisenbahner' ist gewissermaßen stets der Sturmboden der Nationalsozialisten gewesen. Obwohl man von dieser Partei ein großes Maß moralischer Verlotterung gewohnt ist, so dürfte diese neue 'hässliche Tat' in ihrer politischen Charakterlosigkeit doch ihresgleichen finden. Die Vertreter des deutschen Bürgerturns machen mit dem tschechischen Bürgerturn deshalb gemeinsame Sache, um rücksichtslos und brutal ihre Klasseninteressen zu vertreten. Die deutsch-nationalen Eisenbahnerorganisationen machen den Zuzug für die tschechischen Chauvinisten, trotzdem dieselben das deutsche Personal wirtschaftlich schwer schädigten. Die Verlotterung muß eine Organisation sein, um demartig würde, und charakterlose Handlungen zu begehen. Wie schreibt aber das 'Nordböhmische Tagblatt': 'Wer treu zu seinem Volke steht, wähle den 'Berein deutscher Eisenbahnerbeamte' und die 'Gewerkschaft deutscher Eisenbahner'.'

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

Prog. 349. 11: Nebensender Markt. 11:40: Sonderausstrahlung Rundfunk und Postamt. 12:05: Verkehrsnachrichten. 12:10: Mittagskonzert. 1. Weiblich. 2. Weiblich. 3. Weiblich. 4. Weiblich. 5. Weiblich. 6. Weiblich. 7. Weiblich. 8. Weiblich. 9. Weiblich. 10. Weiblich. 11. Weiblich. 12. Weiblich. 13. Weiblich. 14. Weiblich. 15. Weiblich. 16. Weiblich. 17. Weiblich. 18. Weiblich. 19. Weiblich. 20. Weiblich. 21. Weiblich. 22. Weiblich. 23. Weiblich. 24. Weiblich. 25. Weiblich. 26. Weiblich. 27. Weiblich. 28. Weiblich. 29. Weiblich. 30. Weiblich. 31. Weiblich. 32. Weiblich. 33. Weiblich. 34. Weiblich. 35. Weiblich. 36. Weiblich. 37. Weiblich. 38. Weiblich. 39. Weiblich. 40. Weiblich. 41. Weiblich. 42. Weiblich. 43. Weiblich. 44. Weiblich. 45. Weiblich. 46. Weiblich. 47. Weiblich. 48. Weiblich. 49. Weiblich. 50. Weiblich. 51. Weiblich. 52. Weiblich. 53. Weiblich. 54. Weiblich. 55. Weiblich. 56. Weiblich. 57. Weiblich. 58. Weiblich. 59. Weiblich. 60. Weiblich. 61. Weiblich. 62. Weiblich. 63. Weiblich. 64. Weiblich. 65. Weiblich. 66. Weiblich. 67. Weiblich. 68. Weiblich. 69. Weiblich. 70. Weiblich. 71. Weiblich. 72. Weiblich. 73. Weiblich. 74. Weiblich. 75. Weiblich. 76. Weiblich. 77. Weiblich. 78. Weiblich. 79. Weiblich. 80. Weiblich. 81. Weiblich. 82. Weiblich. 83. Weiblich. 84. Weiblich. 85. Weiblich. 86. Weiblich. 87. Weiblich. 88. Weiblich. 89. Weiblich. 90. Weiblich. 91. Weiblich. 92. Weiblich. 93. Weiblich. 94. Weiblich. 95. Weiblich. 96. Weiblich. 97. Weiblich. 98. Weiblich. 99. Weiblich. 100. Weiblich. 101. Weiblich. 102. Weiblich. 103. Weiblich. 104. Weiblich. 105. Weiblich. 106. Weiblich. 107. Weiblich. 108. Weiblich. 109. Weiblich. 110. Weiblich. 111. Weiblich. 112. Weiblich. 113. Weiblich. 114. Weiblich. 115. Weiblich. 116. Weiblich. 117. Weiblich. 118. Weiblich. 119. Weiblich. 120. Weiblich. 121. Weiblich. 122. Weiblich. 123. Weiblich. 124. Weiblich. 125. Weiblich. 126. Weiblich. 127. Weiblich. 128. Weiblich. 129. Weiblich. 130. Weiblich. 131. Weiblich. 132. Weiblich. 133. Weiblich. 134. Weiblich. 135. Weiblich. 136. Weiblich. 137. Weiblich. 138. Weiblich. 139. Weiblich. 140. Weiblich. 141. Weiblich. 142. Weiblich. 143. Weiblich. 144. Weiblich. 145. Weiblich. 146. Weiblich. 147. Weiblich. 148. Weiblich. 149. Weiblich. 150. Weiblich. 151. Weiblich. 152. Weiblich. 153. Weiblich. 154. Weiblich. 155. Weiblich. 156. Weiblich. 157. Weiblich. 158. Weiblich. 159. Weiblich. 160. Weiblich. 161. Weiblich. 162. Weiblich. 163. Weiblich. 164. Weiblich. 165. Weiblich. 166. Weiblich. 167. Weiblich. 168. Weiblich. 169. Weiblich. 170. Weiblich. 171. Weiblich. 172. Weiblich. 173. Weiblich. 174. Weiblich. 175. Weiblich. 176. Weiblich. 177. Weiblich. 178. Weiblich. 179. Weiblich. 180. Weiblich. 181. Weiblich. 182. Weiblich. 183. Weiblich. 184. Weiblich. 185. Weiblich. 186. Weiblich. 187. Weiblich. 188. Weiblich. 189. Weiblich. 190. Weiblich. 191. Weiblich. 192. Weiblich. 193. Weiblich. 194. Weiblich. 195. Weiblich. 196. Weiblich. 197. Weiblich. 198. Weiblich. 199. Weiblich. 200. Weiblich. 201. Weiblich. 202. Weiblich. 203. Weiblich. 204. Weiblich. 205. Weiblich. 206. Weiblich. 207. Weiblich. 208. Weiblich. 209. Weiblich. 210. Weiblich. 211. Weiblich. 212. Weiblich. 213. Weiblich. 214. Weiblich. 215. Weiblich. 216. Weiblich. 217. Weiblich. 218. Weiblich. 219. Weiblich. 220. Weiblich. 221. Weiblich. 222. Weiblich. 223. Weiblich. 224. Weiblich. 225. Weiblich. 226. Weiblich. 227. Weiblich. 228. Weiblich. 229. Weiblich. 230. Weiblich. 231. Weiblich. 232. Weiblich. 233. Weiblich. 234. Weiblich. 235. Weiblich. 236. Weiblich. 237. Weiblich. 238. Weiblich. 239. Weiblich. 240. Weiblich. 241. Weiblich. 242. Weiblich. 243. Weiblich. 244. Weiblich. 245. Weiblich. 246. Weiblich. 247. Weiblich. 248. Weiblich. 249. Weiblich. 250. Weiblich. 251. Weiblich. 252. Weiblich. 253. Weiblich. 254. Weiblich. 255. Weiblich. 256. Weiblich. 257. Weiblich. 258. Weiblich. 259. Weiblich. 260. Weiblich. 261. Weiblich. 262. Weiblich. 263. Weiblich. 264. Weiblich. 265. Weiblich. 266. Weiblich. 267. Weiblich. 268. Weiblich. 269. Weiblich. 270. Weiblich. 271. Weiblich. 272. Weiblich. 273. Weiblich. 274. Weiblich. 275. Weiblich. 276. Weiblich. 277. Weiblich. 278. Weiblich. 279. Weiblich. 280. Weiblich. 281. Weiblich. 282. Weiblich. 283. Weiblich. 284. Weiblich. 285. Weiblich. 286. Weiblich. 287. Weiblich. 288. Weiblich. 289. Weiblich. 290. Weiblich. 291. Weiblich. 292. Weiblich. 293. Weiblich. 294. Weiblich. 295. Weiblich. 296. Weiblich. 297. Weiblich. 298. Weiblich. 299. Weiblich. 300. Weiblich. 301. Weiblich. 302. Weiblich. 303. Weiblich. 304. Weiblich. 305. Weiblich. 306. Weiblich. 307. Weiblich. 308. Weiblich. 309. Weiblich. 310. Weiblich. 311. Weiblich. 312. Weiblich. 313. Weiblich. 314. Weiblich. 315. Weiblich. 316. Weiblich. 317. Weiblich. 318. Weiblich. 319. Weiblich. 320. Weiblich. 321. Weiblich. 322. Weiblich. 323. Weiblich. 324. Weiblich. 325. Weiblich. 326. Weiblich. 327. Weiblich. 328. Weiblich. 329. Weiblich. 330. Weiblich. 331. Weiblich. 332. Weiblich. 333. Weiblich. 334. Weiblich. 335. Weiblich. 336. Weiblich. 337. Weiblich. 338. Weiblich. 339. Weiblich. 340. Weiblich. 341. Weiblich. 342. Weiblich. 343. Weiblich. 344. Weiblich. 345. Weiblich. 346. Weiblich. 347. Weiblich. 348. Weiblich. 349. Weiblich. 350. Weiblich. 351. Weiblich. 352. Weiblich. 353. Weiblich. 354. Weiblich. 355. Weiblich. 356. Weiblich. 357. Weiblich. 358. Weiblich. 359. Weiblich. 360. Weiblich. 361. Weiblich. 362. Weiblich. 363. Weiblich. 364. Weiblich. 365. Weiblich. 366. Weiblich. 367. Weiblich. 368. Weiblich. 369. Weiblich. 370. Weiblich. 371. Weiblich. 372. Weiblich. 373. Weiblich. 374. Weiblich. 375. Weiblich. 376. Weiblich. 377. Weiblich. 378. Weiblich. 379. Weiblich. 380. Weiblich. 381. Weiblich. 382. Weiblich. 383. Weiblich. 384. Weiblich. 385. Weiblich. 386. Weiblich. 387. Weiblich. 388. Weiblich. 389. Weiblich. 390. Weiblich. 391. Weiblich. 392. Weiblich. 393. Weiblich. 394. Weiblich. 395. Weiblich. 396. Weiblich. 397. Weiblich. 398. Weiblich. 399. Weiblich. 400. Weiblich. 401. Weiblich. 402. Weiblich. 403. Weiblich. 404. Weiblich. 405. Weiblich. 406. Weiblich. 407. Weiblich. 408. Weiblich. 409. Weiblich. 410. Weiblich. 411. Weiblich. 412. Weiblich. 413. Weiblich. 414. Weiblich. 415. Weiblich. 416. Weiblich. 417. Weiblich. 418. Weiblich. 419. Weiblich. 420. Weiblich. 421. Weiblich. 422. Weiblich. 423. Weiblich. 424. Weiblich. 425. Weiblich. 426. Weiblich. 427. Weiblich. 428. Weiblich. 429. Weiblich. 430. Weiblich. 431. Weiblich. 432. Weiblich. 433. Weiblich. 434. Weiblich. 435. Weiblich. 436. Weiblich. 437. Weiblich. 438. Weiblich. 439. Weiblich. 440. Weiblich. 441. Weiblich. 442. Weiblich. 443. Weiblich. 444. Weiblich. 445. Weiblich. 446. Weiblich. 447. Weiblich. 448. Weiblich. 449. Weiblich. 450. Weiblich. 451. Weiblich. 452. Weiblich. 453. Weiblich. 454. Weiblich. 455. Weiblich. 456. Weiblich. 457. Weiblich. 458. Weiblich. 459. Weiblich. 460. Weiblich. 461. Weiblich. 462. Weiblich. 463. Weiblich. 464. Weiblich. 465. Weiblich. 466. Weiblich. 467. Weiblich. 468. Weiblich. 469. Weiblich. 470. Weiblich. 471. Weiblich. 472. Weiblich. 473. Weiblich. 474. Weiblich. 475. Weiblich. 476. Weiblich. 477. Weiblich. 478. Weiblich. 479. Weiblich. 480. Weiblich. 481. Weiblich. 482. Weiblich. 483. Weiblich. 484. Weiblich. 485. Weiblich. 486. Weiblich. 487. Weiblich. 488. Weiblich. 489. Weiblich. 490. Weiblich. 491. Weiblich. 492. Weiblich. 493. Weiblich. 494. Weiblich. 495. Weiblich. 496. Weiblich. 497. Weiblich. 498. Weiblich. 499. Weiblich. 500. Weiblich. 501. Weiblich. 502. Weiblich. 503. Weiblich. 504. Weiblich. 505. Weiblich. 506. Weiblich. 507. Weiblich. 508. Weiblich. 509. Weiblich. 510. Weiblich. 511. Weiblich. 512. Weiblich. 513. Weiblich. 514. Weiblich. 515. Weiblich. 516. Weiblich. 517. Weiblich. 518. Weiblich. 519. Weiblich. 520. Weiblich. 521. Weiblich. 522. Weiblich. 523. Weiblich. 524. Weiblich. 525. Weiblich. 526. Weiblich. 527. Weiblich. 528. Weiblich. 529. Weiblich. 530. Weiblich. 531. Weiblich. 532. Weiblich. 533. Weiblich. 534. Weiblich. 535. Weiblich. 536. Weiblich. 537. Weiblich. 538. Weiblich. 539. Weiblich. 540. Weiblich. 541. Weiblich. 542. Weiblich. 543. Weiblich. 544. Weiblich. 545. Weiblich. 546. Weiblich. 547. Weiblich. 548. Weiblich. 549. Weiblich. 550. Weiblich. 551. Weiblich. 552. Weiblich. 553. Weiblich. 554. Weiblich. 555. Weiblich. 556. Weiblich. 557. Weiblich. 558. Weiblich. 559. Weiblich. 560. Weiblich. 561. Weiblich. 562. Weiblich. 563. Weiblich. 564. Weiblich. 565. Weiblich. 566. Weiblich. 567. Weiblich. 568. Weiblich. 569. Weiblich. 570. Weiblich. 571. Weiblich. 572. Weiblich. 573. Weiblich. 574. Weiblich. 575. Weiblich. 576. Weiblich. 577. Weiblich. 578. Weiblich. 579. Weiblich. 580. Weiblich. 581. Weiblich. 582. Weiblich. 583. Weiblich. 584. Weiblich. 585. Weiblich. 586. Weiblich. 587. Weiblich. 588. Weiblich. 589. Weiblich. 590. Weiblich. 591. Weiblich. 592. Weiblich. 593. Weiblich. 594. Weiblich. 595. Weiblich. 596. Weiblich. 597. Weiblich. 598. Weiblich. 599. Weiblich. 600. Weiblich. 601. Weiblich. 602. Weiblich. 603. Weiblich. 604. Weiblich. 605. Weiblich. 606. Weiblich. 607. Weiblich. 608. Weiblich. 609. Weiblich. 610. Weiblich. 611. Weiblich. 612. Weiblich. 613. Weiblich. 614. Weiblich. 615. Weiblich. 616. Weiblich. 617. Weiblich. 618. Weiblich. 619. Weiblich. 620. Weiblich. 621. Weiblich. 622. Weiblich. 623. Weiblich. 624. Weiblich. 625. Weiblich. 626. Weiblich. 627. Weiblich. 628. Weiblich. 629. Weiblich. 630. Weiblich. 631. Weiblich. 632. Weiblich. 633. Weiblich. 634. Weiblich. 635. Weiblich. 636. Weiblich. 637. Weiblich. 638. Weiblich. 639. Weiblich. 640. Weiblich. 641. Weiblich. 642. Weiblich. 643. Weiblich. 644. Weiblich. 645. Weiblich. 646. Weiblich. 647. Weiblich. 648. Weiblich. 649. Weiblich. 650. Weiblich. 651. Weiblich. 652. Weiblich. 653. Weiblich. 654. Weiblich. 655. Weiblich. 656. Weiblich. 657. Weiblich. 658. Weiblich. 659. Weiblich. 660. Weiblich. 661. Weiblich. 662. Weiblich. 663. Weiblich. 664. Weiblich. 665. Weiblich. 666. Weiblich. 667. Weiblich. 668. Weiblich. 669. Weiblich. 670. Weiblich. 671. Weiblich. 672. Weiblich. 673. Weiblich. 674. Weiblich. 675. Weiblich. 676. Weiblich. 677. Weiblich. 678. Weiblich. 679. Weiblich. 680. Weiblich. 681. Weiblich. 682. Weiblich. 683. Weiblich. 684. Weiblich. 685. Weiblich. 686. Weiblich. 687. Weiblich. 688. Weiblich. 689. Weiblich. 690. Weiblich. 691. Weiblich. 692. Weiblich. 693. Weiblich. 694. Weiblich. 695. Weiblich. 696. Weiblich. 697. Weiblich. 698. Weiblich. 699. Weiblich. 700. Weiblich. 701. Weiblich. 702. Weiblich. 703. Weiblich. 704. Weiblich. 705. Weiblich. 706. Weiblich. 707. Weiblich. 708. Weiblich. 709. Weiblich. 710. Weiblich. 711. Weiblich. 712. Weiblich. 713. Weiblich. 714. Weiblich. 715. Weiblich. 716. Weiblich. 717. Weiblich. 718. Weiblich. 719. Weiblich. 720. Weiblich. 721. Weiblich. 722. Weiblich. 723. Weiblich. 724. Weiblich. 725. Weiblich. 726. Weiblich. 727. Weiblich. 728. Weiblich. 729. Weiblich. 730. Weiblich. 731. Weiblich. 732. Weiblich. 733. Weiblich. 734. Weiblich. 735. Weiblich. 736. Weiblich. 737. Weiblich. 738. Weiblich. 739. Weiblich. 740. Weiblich. 741. Weiblich. 742. Weiblich. 743. Weiblich. 744. Weiblich. 745. Weiblich. 746. Weiblich. 747. Weiblich. 748. Weiblich. 749. Weiblich. 750. Weiblich. 751. Weiblich. 752. Weiblich. 753. Weiblich. 754. Weiblich. 755. Weiblich. 756. Weiblich. 757. Weiblich. 758. Weiblich. 759. Weiblich. 760. Weiblich. 761. Weiblich. 762. Weiblich. 763. Weiblich. 764. Weiblich. 765. Weiblich. 766. Weiblich. 767. Weiblich. 768. Weiblich. 769. Weiblich. 770. Weiblich. 771. Weiblich. 772. Weiblich. 773. Weiblich. 774. Weiblich. 775. Weiblich. 776. Weiblich. 777. Weiblich. 778. Weiblich. 779. Weiblich. 780. Weiblich. 781. Weiblich. 782. Weiblich. 783. Weiblich. 784. Weiblich. 785. Weiblich. 786. Weiblich. 787. Weiblich. 788. Weiblich. 789. Weiblich. 790. Weiblich. 791. Weiblich. 792. Weiblich. 793. Weiblich. 794. Weiblich. 795. Weiblich. 796. Weiblich. 797. Weiblich. 798. Weiblich. 799. Weiblich. 800. Weiblich. 801. Weiblich. 802. Weiblich. 803. Weiblich. 804. Weiblich. 805. Weiblich. 806. Weiblich. 807. Weiblich. 808. Weiblich. 809. Weiblich. 810. Weiblich. 811. Weiblich. 812. Weiblich. 813. Weiblich. 814. Weiblich. 815. Weiblich. 816. Weiblich. 817. Weiblich. 818. Weiblich. 819. Weiblich. 820. Weiblich. 821. Weiblich. 822. Weiblich. 823. Weiblich. 824. Weiblich. 825. Weiblich. 826. Weiblich. 827. Weiblich. 828. Weiblich. 829. Weiblich. 830. Weiblich. 831. Weiblich. 832. Weiblich. 833. Weiblich. 834. Weiblich. 835. Weiblich. 836. Weiblich. 837. Weiblich. 838. Weiblich. 839. Weiblich. 840. Weiblich. 841. Weiblich. 842. Weiblich. 843. Weiblich. 844. Weiblich. 845. Weiblich. 846. Weiblich. 847. Weiblich. 848. Weiblich. 849. Weiblich. 850. Weiblich. 851. Weiblich. 852. Weiblich. 853. Weiblich. 854. Weiblich. 855. Weiblich. 856. Weiblich. 857. Weiblich. 858. Weiblich. 859. Weiblich. 860. Weiblich. 861. Weiblich. 862. Weiblich. 863. Weiblich. 864. Weiblich. 865. Weiblich. 866. Weiblich. 867. Weiblich. 868. Weiblich. 869. Weiblich. 870. Weiblich. 871. Weiblich. 872. Weiblich. 873. Weiblich. 874. Weiblich. 875. Weiblich. 876. Weiblich. 877. Weiblich. 878. Weiblich. 879. Weiblich. 880. Weiblich. 881. Weiblich. 882. Weiblich. 883. Weiblich. 884. Weiblich. 885. Weiblich. 886. Weiblich. 887. Weiblich. 888. Weiblich. 889. Weiblich. 890. Weiblich. 891. Weiblich. 892. Weiblich. 893. Weiblich. 894. Weiblich. 895. Weiblich. 896. Weiblich. 897. Weiblich. 898. Weiblich. 899. Weiblich. 900. Weiblich. 901. Weiblich. 902. Weiblich. 903. Weiblich. 904. Weiblich. 905. Weiblich. 906. Weiblich. 907. Weiblich. 908. Weiblich. 909. Weiblich. 910. Weiblich. 911. Weiblich. 912. Weiblich. 913. Weiblich. 914. Weiblich. 915. Weiblich. 916. Weiblich. 917. Weiblich. 918. Weiblich. 919. Weiblich. 920. Weiblich. 921. Weiblich. 922. Weiblich. 923. Weiblich. 924. Weiblich. 925. Weiblich. 926. Weiblich. 927. Weiblich. 928. Weiblich. 929. Weiblich. 930. Weiblich. 931. Weiblich. 932. Weiblich. 933. Weiblich. 934. Weiblich. 935. Weiblich. 936. Weiblich. 937. Weiblich. 938. Weiblich. 939. Weiblich. 940. Weiblich. 941. Weiblich. 942. Weiblich. 943. Weiblich. 944. Weiblich. 945. Weiblich. 946. Weiblich. 947. Weiblich. 948. Weiblich. 949. Weiblich. 950. Weiblich. 951. Weiblich. 952. Weiblich. 953. Weiblich. 954. Weiblich. 955. Weiblich. 956. Weiblich. 957. Weiblich. 958. Weiblich. 959. Weiblich. 960. Weiblich. 961. Weiblich. 962. Weiblich. 963. Weiblich. 964. Weiblich. 965. Weiblich. 966. Weiblich. 967. Weiblich. 968. Weiblich. 969. Weiblich. 970. Weiblich. 971. Weiblich. 972. Weiblich. 973. Weiblich. 974. Weiblich. 975. Weiblich. 976. Weiblich. 977. Weiblich. 978. Weiblich. 979. Weiblich. 980. Weiblich. 981. Weiblich. 982. Weiblich. 983. Weiblich. 984. Weiblich. 985. Weiblich. 986. Weiblich. 987. Weiblich. 988. Weiblich. 989. Weiblich. 990. Weiblich. 991. Weiblich. 992. Weiblich. 993. Weiblich. 994. Weiblich. 995. Weiblich. 996. Weiblich. 997. Weiblich. 998. Weiblich. 999. Weiblich. 1000

Junggefellener in Italien. Auf Bor-

60 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. In

Ein Elternmörder. Aus Aachen wird ge-

Reise Schnellzüge. Im Herbst 1927-1928

Der Gattenmordprozess in Dresden. Unter

Das bulgarische Königschloß in Plammen. Das

Vortrag. Am Montag, den 13. d. M., abends,

Antischimmel. Bayern hat die kostple-

Der Brudermord auf Schloß Lohom. Eine

Ein Arbeiter des Berliner „Soz. Poeschendienst“

Tragischer Ausgang einer Kaltbootreise

Ein Arbeiter des Berliner „Soz. Poeschendienst“

Als die beiden Reisenden von Bordeaux aus

Da schlug plötzlich eine gewaltige Welle auf

des Dorftruges mußte einen von ihm selbst her-

Theodor Storms Geburtshaus beschädigt. In

Zweimal am Abend überfallen. Als die

Unterarmes und der linken Brustseite fortgeschu-

Endlich fühlte er bei einem Schwimmstoß

Inzwischen war das Boot aus dem Wasser

Das britische Arbeitsministerium veröffent-

Volkswirtschaft.

Kritische Lage der tschechoslowakischen Zuderwarenindustrie.

Wie sehr die Hochschulpolitik der bürger-

Die italienischen Gewerkschaften.

Die Presse der ganzen Welt bringt täglich

Wenn auch im Augenblick jede gewerkschaftliche

Arbeitskonflikte und verlorene Arbeitstage in Großbritannien.

Das britische Arbeitsministerium veröffent-

Parteigenossen! Parteigenossinnen!
 Benützet an Stelle der unzähligen teuren
 Neujahrsgratulationskarten die in unserem Blatte
 erscheinende

Kollektiv-Gratulation

Der Einheitspreis für die Einschaltung beträgt K 10.—. Bestellungen werden bei allen Kolporturen entgegengenommen. Bestellungen aus Orien ohne Kolporteur sind direkt an die Verwaltung des „Sozialdemokrat“, Prag II., Ratajska 18, zu richten.
 Genossen und Genossinnen! Versammelt nicht, auch bei dieser Gelegenheit durch Einschaltung von Neujahrswünschen eure beste Waffe, die Parteipresse, zu unterstützen und dadurch zu kräftigen. Bestellungen werden nur bis 10. Dezember 1926 entgegengenommen.

Die Verwaltung.

Zum neuen Wohnungs- und Baugesetz.

Eine Stimme aus bürgerlichen Kreisen.

Wir geben nachstehend der Ansicht eines bürgerlichen Bauachmannes Raum, ohne uns mit seiner Auffassung voll zu identifizieren. Bemerkenswert ist die Einsicht des Verfassers, daß die in dem Regierungsvertrag vorgesehene Befreiung der Mieter einfach unextrahierbar ist. Soweit konkrete Vorschläge erfaßt werden, beziehen sie sich vor allem auf Fragen der Verhältnisse, doch es sei dazu bemerkt, daß wir darin keinen Weg zur allgemeinen Lösung des Wohnungsproblems erblicken. Die Redaktion.

Das in Betracht kommende neue Wohnungs- und Baugesetz hat bei den Mietern und Hausbesitzern berechtigtere Aufregung verursacht. Beide Organisationen bekämpfen das neue Gesetz. Die Hausbesitzer sind gegen den Mieterschutz, die Mieter fordern dessen Verlängerung. Aber der Kampf gegen das Gesetz ist die in Aussicht gestellte und in jeder Beziehung unerhörte Belastung der Mieter mit einer jährlichen Abgabe von 50 Prozent des Friedenszinses von 1914, die durch volle 7 Jahre eingehoben, 550 Prozent erreichen soll.

Was für nachteilige Folgen im wirtschaftlichen Leben diese sehr gewagte Anforderung nach sich ziehen muß, hat man an grünen Tische nicht erörtern. Ist es denn unbekannt, daß mehr als die Hälfte der Mieter bei den jetzigen Lebensverhältnissen gar nicht in der Lage ist, eine so hohe Abgabe zu leisten, ohne dem Ruine zu verfallen? Hat denn der 4 Jahre dauernde Kriegszustand mit seinen Entbehrungen und dem Lebensmittelmangel, die fortwährende Teuerung, die Vermögensabgabe, die Nichtentlohnung der Arbeitskräfte, die bisherigen Mietzinssteigerungen, die enormen Steuerlasten, die herrschende Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nicht schon genug Unglück angehäuft, Tausend und Aber-tausende um Existenz und Vermögen gebracht und diesen den Bettelstab in die Hand gedrückt? Soll durch die verlangte Abgabe von 550 Prozent noch mehr Unheil gestiftet werden, noch größere Teuerung auf allen Gebieten entstehen und noch schlechtere Zeiten kommen?

Bei jedermäßiger Erhöhung des Mietzinses hätte eine Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, da der Kaufmann und Gewerbetreibende jede Belastung wieder auf die Konsumenten überwälzt. Wie wird es denn im allgemeinen aussehen, wenn die verlangte 550prozentige Abgabe zum Gesetz wird? Werden nicht sofort die Arbeiter, die Angehörten und jeder, der einen Dienst verrichtet, Lohn- und Gehaltsaufbesserungen mit Recht verlangen?

Es ist doch bekannt, unter welchen wucherischen Bedingungen heute Wohnungen vermietet werden, ob solche in alten oder neuen Häusern zu beziehen sind. In alten Häusern freiwendende Wohnungen werden nur im geheimen, logischen unter der Hand, durch anonyme Inserate und Vermittler angeboten, und man kann eine solche nur dann erhalten, wenn man außer dem 3- bis 5fachen erhöhten Mietzins, noch die Umfragen entrichtet und eine Ablösung zahlt, die oft 10 bis 50 Tausend Kronen und mehr beträgt oder den Mietzins auf mehrere Jahre im Voraus bezahlt, wobei der Mieter die gemietete Wohnung auch noch auf eigene Kosten herrichten lassen muß.

Wenn Parteien unter diesen Verhältnissen eine Wohnung beziehen haben, dann sind sie gezwungen, ihr schwerverdienendes Geld, den Spargroschen oder das Erbsparnis zu opfern. Ist denn jeder in der Lage, sich auf diese Weise zu helfen? Konnte der Beamte ohne Standesunterschied, der Lehrer, der Arbeiter, der Pensionist, der kleine Rentner, der alt und arbeitslos ist, und alle die hier Genannten, die nur auf ihren Gehalt, Lohn, Pension, die geringen Kapitalzinsen angewiesen sind, sich erlauben, einen Wohnungswechsel bei diesen wucherischen Mietzinsforderungen vorzunehmen oder den oben verlangten 550prozentigen Baubeitrag zu leisten?

Die Mietzins in den alten Häusern auf die gleiche Höhe zu bringen, wie in den Neubauten, ist einfach Wahnsinn! Die alten Häuser haben mit den Neubauten gar nichts gemein. Die in den Friedens-jahren gebauten Häuser sind mit einem geringen Bauaufwande hergestellt worden, der mit den jetzigen Neubauten nicht zu vergleichen ist. In den Friedensjahren baute man Häuser mit billigen

Arbeitskräften und Baumaterial für eine Bogotelle. Die jetzigen Neubauten werden bei der allgemeinen Teuerung und dem Bodenwucher 8- bis 10mal so teuer hergestellt. Sollen nun die leerstehenden Wohnungen in den vielen Neubauten bezogen werden, so müssen solche Preise gefordert werden, daß es möglich ist, diese auch zu mieten.

Wenn die Besitzer alter Häuser mit dem gegenwärtigen Ertrage unzufrieden sind, so ist diese Unzufriedenheit nicht am Blase. Die meisten Hausbesitzer haben, trotz den gesetzlich bestimmten Mietzinssteigerungen, die Mietzins nicht um 100, sondern um 200 bis 500 Prozent hinausgetrieben. Will der Hausbesitzer aus dem Ertrage seines Hauses eine angemessene Rente beziehen, dann muß der Staat und die Gemeinde mit den offensichtlichen Erhöhungen der Hauszinssteuer und Gemeindefinanzen einholten.

Dem Bauunternehmer muß wieder die Möglichkeit geboten werden, sein neugebautes Haus zu höherem — aber nicht überhöhten — Mietzins zu vermieten und so zu verkaufen, daß der neue Besitzer eine möglichst gleichbleibende Verzinsung seines Kapitals erhält. Und dies ist nur durch eine — selbst auf 50 Jahre hinaus — befristete Steuer- und Umlagenfreiheit möglich, um den Bauunternehmer zu neuen Bauten und den Kapitalisten zum Ankauf zu veranlassen. Wird nicht gebaut, hat weder der Staat noch die Gemeinde einen Nutzen, vielmehr wird durch die Stilllegung der Produktion und Arbeitslosigkeit nur Schaden angerichtet.

Die Beitragsleistung von 550 Prozent kann nur dann einen erspriechlichen Erfolg haben, wenn der abgeforderte Betrag Eigentum des Mieters bleibt und die Form einer vom Staate garantierten Baunanleihe annimmt. Jeder Mieter wird selbst unter den schwierigsten Verhältnissen das Opfer bringen, sieben Jahre hindurch 50 Prozent des Friedenszinses von 1914 herzugeben, wenn er weiß, daß dieser Betrag sein Eigentum bleibt und ihm für den geleisteten Baubeitrag eine 3prozentige Bau-schuldverschreibung ausgestellt wird, die in absehbarer Zeit vom Staate durch Ankauf zur Erlösung gelangt. Aber ein Börsenpapier darf hieraus nicht gemacht werden, sondern ein sicheres, schwerverzinsliches Anlagepapier! Ein auf diese Weise einnehmbarer Baubeitrag und deren Amortisierung kann die Existenz des Beitragsleistenden weniger gefährden und für den Staat den besten Erfolg haben.

Der zu errichtende Baufonds darf aber durch Subventionen und Geschenke nicht vergrößert werden: Will man die Wohnungsnot beheben, so wäre die Zubwanderung nach der Großstadt teilweise einzuschränken, in der Hauptstadt folgendes zu er-lauben: Groß-Prag hat z. B. mehr als 20.000 Häuser. Rechnet man 500 ab, die Neubauten, zur Demolierung bestimmte Objekte sind, einen Aufkauf nicht vertragen, bleiben 15.000 Häuser übrig, auf welche ein oder zwei Stockwerke aufgebaut werden können. Je nach der Größe der Baufläche könnten drei bis vier Wohnungen zu ein, zwei und drei Zimmern errichtet werden, so daß in absehbarer Zeit 50-60.000 Wohnungen zur Verfügung ständen. Dieser Betrag ist auch in allen anderen Orten anwendbar, wo Wohnungsnot herrscht, Zins- und Bodenwucher ausgeübt wird. Um die Neubauten zu verwicklichen, müssen alle Hausbesitzer aufgefordert werden, sich zu äußern, ob sie mit eigenen Mitteln einen Aufbau vornehmen können. Wo die Frage verneint wird, tritt der Staat als Bauherr auf und führt den Aufbau mit den Mitteln des Baufonds durch. Nach Fertigstellung des Aufbaues wird dieser mit einer höheren, und wenn notwendig, mit einer zweiten kleineren Hypothek belastet, damit der Staat sein im Aufbau investiertes Kapital wieder zurückbekommt und weiteres Betriebskapital zur Verfügung hat. Auf diese Weise wird auch die Baunanleihe und deren Verzinsung getilgt werden können. Den Mietzins aus dem Aufbau hebt der Staat nach Abzug der Hypothekzinsen, Annuitäten, Wassergebühren, Beleuchtungskosten usw., so lange ein, bis der Rest in unbefristeten Hauspapieren getilgt ist. Dann erst wird dem Hausbesitzer der Aufbau mangellos in sein Eigentum zur weiteren Verwaltung übergeben. Während dieser Übergangszeit darf weder eine Hauszinssteuer, noch die Gemeindefinanzen eingehoben werden, wenn diese Aktion von Erfolg begleitet sein soll. Die Mietzins würden je nach der Größe der Wohnung wohl höher sein, aber weder Baubeitrag noch Abstandsgebühr würden gefordert werden und die Wohnungsnot wäre bald behoben! Die private Bauunternehmung würde das Weitere besorgen. In allem diesen gehört reiches Geld, kaufmännisches Geistes — aber nur kein Amts-schimmel!

Gerichtssaal.

Die Rache des obdachlosen Kriegsinvaliden.

Wir haben unlängst von dem Falle einer Brandstiftung berichtet, welcher der 1888 geborene Russe Szépa Becki auf dem staatlichen Bauerngehöfte Jems beschuldigt worden war. Der Verteidiger hatte sich für diese Sache als unzuständig ausgesprochen und die Abgabe des Falles vor die Geschworenen entschieden. — Es gereicht unsers Berichterstatter wirklich zur Ehre, daß der Fall bereits gestern, also wenige Tage später, schon vor den Geschworenen zur Verhandlung kam, ein schöner Beweis, wie unsere Gerichte bestrukt sind, den „Amtsweg“ möglichst kurz zu gestalten. Wie aus den Zeugenberichten hervorging, war Becki ein unermüdlicher Angestellter, ein Tierquälter, der wegen Unbrauchbarkeit entlassen wurde. Der Brand des Gehöftes (im Werte von 20.000 K) war nach Ansicht der Geschworenen, die die Schuldfrage mit zwölf Stimmen beschien, nur durch einen Racheakt des Angeklonten infoniert worden. Becki erhielt vier Jahre schweren Kerkers wegen Brandstiftung. Die Verhandlung leitete ODR. Voudek, als Staatsanwalt fungierte JADR. Tion.

Kleine Chronik.

Ein Diamantenfeld bei Rio de Janeiro entdeckt. In der nächsten Umgebung von Rio de Janeiro soll ein überraschend reiches Diamantenfeld entdeckt worden sein. Seine Größe wird auf 20 Millionen Quadratkilometer, sein Wert auf 5 Milliarden Dollars geschätzt.

Vollgericht über einen Räuberhauptmann. Der Schroden der Schwarzen Berge, der berühmte montenegrinische Räuberhauptmann Milvoj Kalozit, auf dessen Kopf die jugoslawische Regierung einen Preis von 100.000 Dinaren ausgesetzt hat, wurde seit Monaten von der Gendarmarie verfolgt. Bei mehreren Gelegenheiten, die er der Polizei lieferte, hatte er allmählich alle Genossen verloren. Als er schließlich ganz allein war, suchte er Zuflucht in seinem heimatlichen Dorf. Er ließ sich in seinen Erwartungen auch nicht enttäuscht: seine Landsleute nahmen den Verfolgten auf und hielten ihn vor den Nachforschungen der Polizei in sicherem Versteck. Als sie aber dahinter kamen, daß der Bandit auch den Doktor Martinovic, der als Wohltäter von der ganzen Gegend verehrt worden war, getötet hatte, beschloßen sie, ihrem Schützling den Prozeß zu machen. Die Kellerten des Dorfes traten zum Gericht zusammen und verurteilten den Banditen einstimmig zum Tode. Der Spruch wurde sofort durch Erschießen vollstreckt.

Typhus in Potsdam. In den letzten Tagen haben sich in Potsdam rund 20 Typhusfälle ereignet. Die Erkrankungen sind sämtlich auf den Genuß roher Milch zurückzuführen. Die Kranken sind alle Kunden der größten Meierei Potsdam, die ihre Milch aus einem kleinen Ort in der Umge-bung bezog. In einem Gehöft dieses Ortes wurde der Herd der Krankheit entdeckt.

Familientragödie. Die Berliner Blätter aus Paris melden, daß dort ein Amerikaner in einem Badeschwimmbad seine gelähmte Frau, die Erzieherin der Kinder und dann sich selbst erschossen.

Kunst und Wissen.

Konzert des deutschen Theater-orchesters.

In eigener Sache, und zwar zugunsten der Aiter-versicherung seiner Mitglieber, hat das deutsche Theaterorchester am vergangenen Dienstag im großen Lucernsaale ein großes Symphoniekonzert veranstaltet. Dieses Konzert hätte schon seines prächtigen Programmes wegen verdient, als musikalische Sensation im Prager Konzertleben zu wirken und das Publikum im höchsten Maße zu interessieren. Wenn dies leider nicht der Fall war, beweist es die künstlerische Unterte und Indolenz der vielgerühmten kaufmännischen Prager Deutschen wahrer Kunst gegenüber. Bruckners neunte Symphonie stand als Hauptwerk auf der Programmordnung des Konzertes, jenes selten gehörte gigantische letzte Instrumentalwerk des großen österreichischen Tonbilders, dessen Vollendung dem Meister nicht mehr gelang und als dessen Schlußakt er selbst im „Le deum“ bestimmte. In den Jahren 1891 bis 1894 entstanden, gelangte die Symphonie erst sieben Jahre nach Bruckners Tod im Jahre 1903 unter Ferdinand Loewe in Wien zur Uraufführung. Es war keine glückliche Idee, diesmal als Schlußsatz der Symphonie den 150. Psalm aufzuführen; denn auch dieser Psalm ist ähnlich dem „Le deum“ ein Hymnus zum Lobe Gottes und gehört, da er im Jahre 1892 anlässlich der Wiener Weltausstellung und Theaterausstellung geschaffen wurde, in die Schöpfungsperiode der „Rein-ten“ Hermann Schmeidel, der Oberfeldler Musikdirektor und gegenwärtige Chorleiter des Prager deutschen Singschors, dem die musikalische Leitung des Konzertes anvertraut worden war, hat mit der außerordentlich eindrucksvollen Wiedergabe der Symphonie neuerdings bewiesen, daß er ein ge-edeltes prädestinierter Bruckner-Dirigent ist, der mit wirklicher fanatischer Liebe Bruckner und seinem Werke dient und die großartige Architektur und komplizierte Thematik dieses Symphonikers mit unerhöhter Klarheit und Arbeit offenbart. Die außerordentliche Sorgfalt, die Schmeidel den bei Bruckner so wichtigen Blechbläsern angedeihen läßt, ist muster-gültig. Doch diese Sorgfalt mündet auf Kosten der Sireicherwirkung geht, ist nicht zu vermeiden; sie hätte-n wir die erregende, lebende Streicherhalle im Durchführungstakte des ersten Satzes noch drängerder gewünscht, als sie Schmeidel spielen ließ. Auch das Grundzeitmaß des Singschors-Zahes der Symphonie schien uns bei aller rhythmischen Straffheit doch etwas zu sehr gezipelt. Schmeidel, das namentlich in den Blechgruppen ausgeglichen und aufopfernd spielende Orchester und der im Schlußpaß begeisterte singende deutsche Singschors wurden mit Recht stürmisch gefeiert. Eingeleitet wurde das Konzert mit der Duvertüre „Zum Namenstage“ von Ludwig van Beethoven. Solistin des Abends war die Geigerin Alma Maria Rosé, eine Tochter des Veimarius des berühmten Rosé-Streichquartet-tes, die Tschajkowskij's blühend schönes Violin-konzert spielte; technisch ist das Spiel der jungen Künstlerin noch nicht ausgeglichen genug und auch rhythmisch-musikalisch wird sie sich noch sehr ver-vollkommen müssen, um im Wettbewerb mit andern großen Geigerinnen bestehen zu können, namentlich mit solchen, die weit mehr Temperament und Eigenart besitzen. Eine keine Bemerkung über das dem Publi-kum ausgefolgte gedruckte Sottagespro-gramm des Konzertes können wir nicht unter-läßen: Eine kurze Einführung über Bruckners „Neunte“ hätte mehr Sinn und Nutzen fürs Publi-kum gehabt als die überflüssigen pompösen Anzeigen der verschiedenen Protektoren und Patronessen des Konzertes!

Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst. Zweiter öffentlicher Schülerabend der deut-

schen Musikakademie Montag, den 13. ds., um halb 8 Uhr abends, im Mozarteum.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
 Freitag, 7½ Uhr: „Verkaufte Braut“ (30-2). — Samstag, 7 Uhr: „Ich und Du“ (31-3). — Sonntag, 11 Uhr: Singschors; 2½ Uhr, Arbeiter-Vorstellung: „Konzeri“; 7 Uhr: „Die Nacht des Schicksals“

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag: „Reiner Tisch“. — Samstag: „Kopf oder Schrift“. — Sonntag, 8 Uhr: „Meine ent-zückende Frau“; 7½ Uhr: „Zerbrochene Leiter“. — Montag: „Reiner Tisch“.

Turnen und Sport.

Zweite tschechoslowakische Arbeiter-Olympiade, Prag 1927.

Das Olympiade-Fest wendet in letzter Zeit in der tschechoslowakischen Arbeiterwelt sowie im Ausland immer lebhafteres Interesse. Aufser dem Verband der D. T. J., welcher die Olympiade veranstaltet, wird an dieser großen Turn- und Sportmanifes-tation aus der Tschechoslowakei der deutsche Arbeiter-Turn- und Sportverband (Sitz Koffitz) mit 3000 bis 4000 Angehörigen teilnehmen. Dieser entsendet 50 Sportler zu ersten Winter-sportkämpfen des D. T. J.-Verbandes, die für den 5. und 6. Feber 1927 im Rahmen der Olympiade fest-gestellt wurden. Weiters bereiten sich für Prag vor der tschechische Arbeiterturner- und Sport-Ver-band, die deutschen „Naturfreunde“, der tschechische und der deutsche Arbeiter-Rad-fahrer-Verband, ebenso die polnische Turn-u-Bildungsvereinigung „Silo“ („Kraft“). Der deutsche Arbeiter-Radfahrer-Ver-band plant bei dieser Gelegenheit eine Ziernfahrt aus allen Teilen der Republik nach Prag. In Oester-reich beschloß der Arbeiterbund für Sport- und Körperkultur eine zahlreiche Teilnahme an der Olympiade. Sowohl Nachrichten aus den tschechischen Arbeiterturnvereinen in Oesterreich, Deutsch-land, Frankreich und Nord-Amerika vor-liegen, werden auch dort Expeditionen nach Prag vorbereitet. Aus Amerika sollen zwei große Ex-peditionen kommen. Auch die Arbeiterturnverbände in der Schweiz und in Jugoslawien berichten, daß sie bestimmt in Prag stark vertreten sein werden. In den jugoslawischen Turnvereinen werden schon die vorgeschriebenen gemeinsamen Festübungen geturnt. J. C.

Skizzen.

Der vom Arbeiter-Turn- und Sport-Verband in Böhmisches Wiefenthal veranstaltete Ski-Kurs beginnt am Samstag, den 11. Dezember, in Wiefenthal.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber Dr. Ludwig Uzerch.
 Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kieker.
 Druck: Deutsche Zeitungs-L.G. Prag.
 Für den Druck verantwortlich: D. Hollz.

KINO-PROGRAMM
 Vom 10. Dezember bis 16. Dezember 1926

Wran Urania-Kino 2070
 Einziges deutsches Kino Prag. Tel. 3125
 „An der schönen blauen Donau“ mit Harry Lindsko und Lya Mara

LIDO 201
Der Sohn des Sheiks
 Drama in 7 Akten
 In den Hauptrollen: Rudolf Valentino, Vilma Banky.

Wo verkehren wir?

Café Continental, 2 Prag-Graben
 Goldenes Kreuzel, 2 Prag-Retozanta.

Gastwirtschaft „Lidovy dum“
 der Genossenschaft „Ganyemak“
 Täglich. 2 PRAG II., Hybernská Nr. 1. Konzert.

Café „Nizza“
 Kgl. Weinberge, Fochova 27.
 Unser Stammlokal.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT
 Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Or-ganisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Lagerhaltung von Druckarten wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungsheften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Paketen, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung, Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU
 Tischlergasse Nr. 6.